

ila

Dossier März 2018

allerweltshaus
lateinamerika:
global-nachhaltig



**Aktivismus
heute**

Aktivismus in Lateinamerika: *La resistencia está!*

Und was hat Widerstand mit der Agenda 2030 zu tun?

Wir, das heißt das Projekt „Lateinamerika: global – nachhaltig“ des Allerweltshaus Köln e.V., freuen uns, euch die Spezialausgabe der *ila* präsentieren zu dürfen. Nach fast einem Jahr seit Beginn unseres Projektes und nach der Umsetzung verschiedener Aktivitäten mit Aktivist*innen aus Ländern Lateinamerikas veröffentlichen wir gemeinsam mit den entstandenen Partnerschaften ein Dossier zum Thema **Aktivismus in Lateinamerika**.

Was bedeutet Aktivismus in seiner eigentlichen Form? Laut Duden bezeichnet Aktivismus: 1) aktives Verhalten, [fortschrittliches] zielstrebiges Handeln und Betätigungsdrang, 2) (aus der Literaturwissenschaft) die Literatur als Mittel zur Durchsetzung bestimmter Ziele begreifende geistig-politische Bewegung. Diejenigen, die Aktivismus praktizieren, sind als Personen bezeichnet, die in besonders intensiver Weise für die Durchsetzung bestimmter Absichten eintreten. Oft sind diese im weitesten Sinne politischer Art und stammen insbesondere aus den Bereichen der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik sowie der Bürger- und Menschenrechte. Dieses Dossier hat das ehrgeizige Ziel, mit den präsentierten Artikeln einige Gesichter und das aktuelle Geschehen des Aktivismus in Lateinamerika mit seinen vielfältigen Formen zu beschreiben. An dieser Stelle möchten wir festhalten, dass der Aktivismus in seiner Gänze in Lateinamerika hier nicht beleuchtet werden kann, das wäre vermessen. Aber die im Verlauf dieses Arbeitsjahres gemachten Erfahrungen, der Austausch und die Ergebnisse unserer eigenen Art von Aktivismus und Perspektivwechsel haben uns in der Annahme bestätigt, dass eine in ganz verschiedenen Größen und Facetten zunehmende Welle des sozialen und ökologischen Aktivismus in Lateinamerika fortbesteht.

Die vielseitigen Formen dieses Widerstandes und der Mut der Aktivist*innen in Lateinamerika, für ihre Rechte einzutreten, hat in uns das Bedürfnis geweckt, diesen Kämpfen und den realen Geschichten der darin engagierten Menschen mehr Raum zu geben. Daraus sind die folgenden Seiten hervorgegangen.

Da sich unser Projekt „Lateinamerika: global – nachhaltig“ mit aktuellen politischen, ökologischen und sozialen Prozessen auch im Hinblick auf Chancen und Risiken der Agenda 2030 in Lateinamerika beschäftigt, nutzen wir die Möglichkeit, mit dem Dossier auf diese wichtigen Akteurinnen und Akteure der Transformation aufmerksam zu machen.

Ebenso wie die anderen Länder der Welt haben auch alle Staaten Lateinamerikas die Agenda 2030 unterschrieben und sich dazu verpflichtet, die darin enthaltenen Nachhaltigen Entwicklungsziele umzusetzen. Alle Themenschwerpunkte unseres Projektes, im weitesten Sinne Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenrechte, finden sich in der Agenda 2030 wieder und können aus verschiedenen Perspektiven eben auch kritisch betrachtet werden. Die Agenda 2030 wurde auf politischer Ebene seit Herbst 2015 von allen 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen beschlossen. Darin sind auch alle 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele, die SDGs, enthalten. Leitbild des universellen Aktionsplans ist die nachhaltige grundlegende Transformation aller Länder. In diesem Sinne sind Themen wie Recht auf Land und Ernährungssouveränität, die insbesondere die indigene und traditionelle Bevölkerung betreffen, Umweltaktivismus, Klimawandel und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen im globalen Süden, Gendergerechtigkeit und feministische Bewegungen wie auch die Verletzungen der



Aktivismus heute

- 2 **Aktivismus in Lateinamerika: La resistencia está!**
Und was hat Widerstand mit der Agenda 2030 zu tun?
von *Fernanda Oliveira und Leila Himbert*
- 4 **Und täglich kolonisiert der Westen**
Der Steinkohleabbau in Kolumbien und seine Folgen für Menschen und Umwelt
von *Maria Fernanda Herrera Palomo*
- 6 **Das Ringen um die Gemeingüter**
Der Widerstand der sozialen Umweltbewegung gegenüber extraktiven Projekten im kolumbianischen Departement Antioquia
von *Estefanía Ocampo, Sebastián Yarce und Laura Rupp*
- 8 **Die Botschaft der Gerechtigkeit**
Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen in Mexiko
von *Cristina Valdivia Caballero*
- 10 **Alltag in der Stadt der Frauenmorde**
Von Sucheinsätzen, Sicherheitszonen und Selbstschutz von Frauen in der mexikanischen Grenzmetropole Ciudad Juárez
von *Kathrin Zeiske*

Menschenrechte in diesem Dossier zu finden. Die Artikel vereinen die Stärke von aktiven, engagierten Menschen, die für eine gerechte, reparative und transformative Gesellschaft kämpfen. Sie sind längst auf dem Weg, um diese Ziele zu erreichen, und spielen dabei eine fundamentale Rolle.

Mit der Auswahl der Artikel möchten die Autor*innen und Aktivist*innen informieren, sensibilisieren und zum Handeln anregen. Der Widerstand ist da! *La resistencia está!*, bildet sich täglich neu und bleibt in Bewegung.

Globale Zusammenhänge und ökologische Auswirkungen werden in mehreren Artikeln aufgezeigt. Ebenso wie die Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Ländern Lateinamerikas und deren gravierende Folgen für die Umwelt und die Menschen. Autor*innen aus Kolumbien und Deutschland, wie Estefanía Ocampo, Sebastián Yarcé und Laura Rupp beschreiben den Widerstand der sozialen Umweltbewegung MOVETE gegenüber extraktiven Projekten. Diese werden häufig „Entwicklungsprojekte“ genannt. Entwicklung auf wessen Kosten? Ganze Gemeinden, die Natur und soziale Gefüge leiden daran. „Die Natur wird privatisiert, um einige wenige Taschen zu füllen, ohne Rücksicht auf die Zerstörung von Ökosystemen, Gemeinden und lokalen sozioökonomischen Dynamiken“, wie ein Betroffener erzählt. Von solchen Schicksalen können Millionen Menschen in Lateinamerika berichten. „Die produzierte Energie ist also auch nicht für den kolumbianischen Konsum gedacht, sondern für den Verkauf ins Ausland.“ Über ähnliche Beispiele berichten auch María Fernanda Palomo und Luis Hernández Navarro aus Mexiko. Die Artikel nehmen die in der Agenda 2030 beinhaltenen Ziele 13: „Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen“ sowie SDG 15: „Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern“ anhand des regionalen Beispiels genauer unter Betrachtung.

Was die Themen Gendergerechtigkeit und Frauenrechte betrifft, so sind mit SDG 5 „Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“ lebendige und starke Stimmen aus Brasilien, Argentinien und Mexiko vertreten. In dem Artikel von Mariana Carbajal aus dem Kollektiv *NiUnaMenos* wird über die neuesten Entwicklungen und die Vielfalt

der feministischen Bewegung in Argentinien und Lateinamerika berichtet. Die Autorin prophezeit darin: „Am nächsten 8. März wird die Welt durch einen neuen Internationalen Frauenstreik erzittern.“ Die Journalistin Kathrin Zeiske schreibt über den Alltag von Mädchen und Frauen in Ciudad Juárez, die auch als Stadt der Frauenmorde bekannt ist. Den Angehörigen bleibt nur, sich selbst um Aufklärung der Verbrechen zu bemühen.

Auch in Brasilien mangelt es an Rechtsstaatlichkeit (SDG #16). Die Pastoral Carcerária Nacional, die Nationale Gefängniseseelsorge aus Brasilien, klagt das tägliche Massaker in den Gefängnissen Brasiliens an, kritisiert, wie Masseninhaftierung durch die rassistische Struktur der Gesellschaft kontinuierlich geprägt wird und insbesondere junge „Mütter, schwarze Frauen mit niedrigem Bildungsstand“ davon betroffen sind. Ihr Widerstand: Sie kämpfen für *desencarceramento* für alle, für die Abschaffung des Gefängnisystems.

Diese und andere Stimmen aus Brasilien, Mexiko, Honduras und Peru sind in dieser Spezialausgabe der *ila* zu finden, welche sich hörbar machen und Widerstand leisten, wo es am nötigsten ist. Und wir, auf dieser Seite der Welt, bleiben dran und sind bereit, uns weiter zu artikulieren, die neuen Entwicklungen hier und dort zu begleiten und kritisch zu betrachten und wir werden weiterhin hinterfragen, inwiefern die Agenda 2030 in Lateinamerika umsetzbar ist.

Wir bedanken uns beim Team der *ila* für diese besondere Gelegenheit, bei allen Autor*innen, die unserer Arbeit Vertrauen geschenkt haben, allen Übersetzer*innen, die tolle Arbeit geleistet haben, und bei unserem ganzen Team vom Allerweltshaus. An dieser Stelle danken wir auch unseren Förderern: Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und dem Katholischen Fonds für die finanzielle Unterstützung. Wir wünschen euch eine spannende Lektüre!

Falls ihr euch gerne engagieren wollt, aber noch nicht wisst wie und wo, schaut doch mal im Allerweltshaus vorbei, auf unserer Website www.lateinamerika-koeln.de oder bei Facebook Lateinamerika – Allerweltshaus e.V.

Fernanda Oliveira und Leila Himbert für das Projekt Lateinamerika: global – nachhaltig

inhalt ■

- 12 **La Parota**
Der unnachgiebige Widerstand der Umweltbewegung im mexikanischen Acapulco
von Luis Hernández Navarro
- 14 **Land oder Tod!**
Das historische Engagement von Hugo Blanco im Kampf um Land in Peru
von Flávia Fávori
- 16 **Die Kunst des Widerstands**
Honduras: Große und kleine Mobilisierungen gegen Wahlbetrug und „Demokratische Diktatur“
von Paola Reyes
- 18 **Eine neue Welle des Feminismus**
In Argentinien und in ganz Lateinamerika
von Mariana Carbajal
- 20 **Die alltägliche Barbarei**
Breites Bündnis fordert Abschaffung des brasilianischen Gefängnisystems
von Pastoral Carcerária Nacional

- 22 **Die langen Schatten der bleiernen Zeit**
Der Kampf der Familie Teles in Brasilien
von Thomas Fatheuer
- 24 **Was von unten geboren wird**
Menschen, die auf der Straße leben, organisieren sich in São Paulo autonom
von Caróu Oliveira und Catso
- 26 **Von Berlin nach São Paulo**
Der Sound der Rebellion
von Tainã Mansani

**allerweltshaus
lateinamerika:
global-nachhaltig**

Und täglich kolonisiert der Westen

Der Steinkohleabbau in Kolumbien und seine Folgen für Menschen und Umwelt

Während sich die soziopolitischen Denkweisen manch uralter Kulturen auf ihr Wissen über die Erde als Mutter, als Lebewesen, stützen, sieht die westliche Kultur in ihr nur Ressourcen, die im Dienste des Menschen stehen. Der Steinkohleabbau in Kolumbien verdeutlicht, wie diese Ansicht das Leben des ganzen Planeten bedroht.

Foto: Hour Pong

Die gesellschaftspolitische Denkweise vieler Völker wie der Awa, Lakota, Wayúu, Emberá und Navajos beruht auf ihrem Wissen über die Erde als Mutter, als Lebewesen, als das Alles, von dem jede*r Einzelne ein Teil ist, und als Quell des Lebens. Das verhindert, sie als Geschäftsgegenstand zu verstehen. Währenddessen basiert das westliche Denken auf der Idee, dass die Erde nur eine Ressource im Dienste des Menschen für die „Entwicklung“ jedes Individuums, ganzer Kulturen oder Länder ist. Diese Idee unterbindet nicht nur das harmonische Zusammenleben in der Umwelt, sondern sie begünstigt die Vertreibung und den Massenmord an ganzen Gemeinschaften, an Millionen von Menschen und Lebensformen, auch oder vor allem an denen, die versuchen unsere Erde zu schützen. Der Fall von Kolumbien, der hier dargestellt wird, ist nur ein Beispiel unter vielen.

Eines der eingeborenen Völker, die es geschafft haben, die Ankunft der Spanier*innen auf ihrem Kontinent bis heute zu überleben, ist das Volk der Wayúu, dessen Lebensraum sich im Norden Kolumbiens, in La Guajira, befindet.

Aufgrund mangelnder Arbeitskräfte nach dem Genozid an den Völkern, denen die Spanier*innen während ihrer Kolonialherrschaft das Land raubten, entführten sie Männer und Frauen aus Afrika

und zwangen sie, als Sklavinnen und Sklaven für sich zu arbeiten. Einige dieser Frauen und Männer entkamen und fanden Schutz in La Guajira, wo sie freie Gemeinschaften gründeten, um über 400 Jahre hinweg gemeinsam mit den Wayúu und mestizischen Bäuerinnen und Bauern (den Nachfahren von Weißen und Ureinwohner*innen) Widerstand gegen die sklavenhaltenden Herrschenden zu leisten. Später lehnten sie sich zusammen gegen die Großgrundbesitzer*innen auf. Heute, im 20. und 21. Jahrhundert, kämpfen sie für den Erhalt des Gebietes und widerstehen dem kolumbianischen Staat und den multinationalen Unternehmen, von denen sie beraubt wurden, um Platz zu schaffen für eines der größten Steinkohlebergwerke der Welt, eine Mine, die sowohl den nötigen als auch unnötigen Energieverbrauch Europas deckt.

Über viele Jahrhunderte hinweg war das in La Guajira gelegene Gebiet El Cerrejon ein heiliger Ort der Wayúu. 1976 konzessionierte die kolumbianische Regierung den Kohleabbau in La Guajira. Die Förderung begann 1984 unter der Führung des US-amerikanischen Erdölgiganten Exxon. Im Jahr 2000 wurde das Bergwerk als Ganzes in die Hände dreier multinationaler Unternehmen gegeben, Glencore, BHP Billington und Anglo American. Im Jahr 2016 förderte das Bergwerk 32 Millionen

Tonnen Kohle. Zwischen 1990 und 2010 erzielte das Werk einen Gesamtumsatz von 44,53 Mrd. US-Dollar.¹ Trotz alledem ist La Guajira heute der zweitärmste Bezirk ganz Kolumbiens.

Seit Beginn der Kohleförderung wurden 35 Gemeinden vertrieben. Der kolumbianische Staat gab ihnen zuerst Eigentumsurkunden und schlug ihnen dann vor, ihr Land für sehr niedrige Preise an das Unternehmen zu verkaufen, um Teil des Entwicklungsprozesses zu werden. Dieser versprach neue Wohnungen und Arbeitsformen sowie verbesserte Gesundheits- und Bildungssysteme. Zudem hat man den Wayúu ein Reservat zugeteilt und Teile ihres ehemaligen Gebiets wurden als Brachland ausgezeichnet. Die Gemeinden, die nicht verkaufen wollten, zwang man, das Land zu verlassen. Der ehemalige Bauer Rogelio Ustate aus der Gemeinde Tabaco, der 2001 vertrieben wurde, berichtet: „Ich erinnere mich daran, wie die Richterin Marta Peñaloza und die Mitarbeiter*innen von Intercor (*International Colombian Resources Corporation*) um 10.30 Uhr morgens willkürlich und voller Freude anordneten, die Häuser zu zerstören, ohne jede Rücksicht. Dieser Schicksalstag, an dem die Bulldozer die bescheidenen Behausungen abrisen und mit ihnen die langfristigen Träume einer Gemeinschaft, hinterließ nur Trauer. In wenigen Minuten zerstörten die Maschinen diese Stätte voller geweihter Gefühle samt ihrer Ruhe der guten Geister, die niemals auch nur daran dachten, von den kriminellen Händen der multinationalen Unternehmen angefasst zu werden. An ihnen haftet die blutige Gier all jener, die so viele unheilvolle Folgen nach La Guajira brachten.“²

Damit sind unter anderem die Verschmutzung des größten Flusses von La Guajira, dem Ranchería, das Verschwinden von 17 Bächen, die Umleitung zweier und die Vernichtung mehrerer Grundwasservorkommen gemeint. Dadurch sind viele natürliche Quellen ausgetrocknet, von denen die Wayúu seit mehreren Hundert Jahren ebenso abhängig sind wie etliche Tierarten. Die Wasserknappheit in der Halbwüste La Guajiras hat sich in den letzten Jahren verschlimmert. Das Unternehmen des Kohlebergwerks verbrauchte im Jahr 2015 35 bis 50 Millionen Liter Wasser am Tag, während die Familien, die in der Gegend leben, ihre Grundbedürfnisse mit nur sieben Litern stillen müssen.

Aus diesem Grund sind in den letzten Jahren nach und nach die Anbauflächen von Mais, Bohnen, Maniok und Hirse sowie die Viehwirtschaft und letztendlich auch die Handwerkskünste wie zum Beispiel die Stoffherstellung verschwunden. Das Fehlen von Wasser und die Verschmutzung der Luft führten zu Hunger, Armut und schweren Gesundheitsproblemen. Das Unternehmen hat zwar Arbeitsplätze geschaffen, diese sind aber sehr gefährlich und viele Arbeiter*innen leiden wie große Teile der Bevölkerung, vor allem Kinder, an Atembeschwerden. Die territoriale Zerstörung höhlt die Kultur und das Leben in der Gemeinschaft allmählich aus. Rogelio Ustate beschreibt das wie folgt: „Heutzutage können wir nicht arbeiten, weil es uns an Fläche fehlt. Aus naheliegenden Gründen sind wir heute nur noch Verbraucher*innen, nicht aber Erzeuger*innen. Wir tragen in unseren Seelen einen unendlichen Schmerz und viele Krankheiten, verursacht durch die Verschmutzung, die das Unternehmen Cerrejón nach La Guajira brachte.“³

Seit ihrer Vertreibung kämpfen die Gemeinden für die Verteidigung der Menschenrechte und ihrer territorialen Rechte. Dieser Kampf vereint die Gemeinschaften der Wayúu und die Bauerngemeinden. Beide wollen verhindern, dass das Unternehmen sich weiter ausdehnt und noch mehr Flüsse und Bäche verlegt. So ist es aktu-

ell der Fall mit dem Bach „Bruno“, unter dem sich geschätzte 40 Millionen Tonnen Kohle verbergen. Ohne vorher die betroffenen Gemeinden und Stämme zur Beratung aufzusuchen, hat man mit der Umlenkung dieses Baches begonnen.

Die Ausbeutung der Kohlevorkommen bedeutet für die Gemeinden, wie es Jackelyn Romero, Anführerin der Wayúu, ausdrückt, „von der Erde nehmen, was sich in ihrem Bauch befindet“.

Aus diesem Grund reisten sie und Samuel Arregoces in Begleitung von Catalina Caro Galves von CENSAT Agua Viva im Sommer 2017 nach Europa, um genau darüber zu informieren. Sie führt den Konsument*innen von Kohle, etwa aus Deutschland, die Situation, mit der sie und ihre Territorien konfrontiert sind, vor Augen und erinnert uns an die globale Bedrohung, die uns durch ein Wirtschaftssystem auferlegt wird, das uns in reine Verbraucher*innen verwandelt und das weiterhin die Quellen des Lebens und die Ahnengemeinschaften zerstört und somit letzten Endes uns selbst. Heute müssen wir mehr denn je unsere Bündnisse stärken und unsere Denkweisen ändern, um unsere Werte zu überdenken. Wir brauchen ein politisches und wirtschaftliches System, das auf Werten basiert, die unsere Erde schützen und alle Lebewesen, die auf ihr wohnen. Dies gilt vor allem für diejenigen, die am wenigsten Schuld an der Zerstörung des Planeten tragen, von dem wir alle abhängig sind und für den wir alle Verantwortung übernehmen müssen. Bezogen auf den Kohleabbau in La Guajira kann das nur bedeuten: Schluss – Aus – Ende. ■

Übersetzung: Svea Franz



Seit mehr als 40 Jahren bringt die ila kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Wir berichten aus der Perspektive der sozialen Bewegungen, kritischen Kulturschaffenden und all den anderen Kräften, die für Alternativen zum neoliberalen Modell kämpfen.

Wer mehr über die ila wissen will, kann uns gerne auf unserer Website besuchen.

www.ila-web.de

2) Centro Nacional de Memoria Histórica. Del ñame espino al calabazo, objetos que despiertan memoria. Bogotá, 2015, S. 6
3) Centro Nacional de Memoria Histórica, a.a.O. S. 68

Die Stimmen und Forderungen der Wayúu sind in der folgenden Radiosendung hörbar: soundcloud.com/al-leweltonair/kohleabbau-in-kolumbien



Foto: PÉRFERIA PRENSA ALTERNATIVA

Das Ringen um die Gemeingüter

Der Widerstand der sozialen Umweltbewegung gegenüber extraktiven Projekten im kolumbianischen Departement Antioquia

Während Aldemar in Cocorná unter den Schäden der sogenannten „Entwicklungsprojekte“ leidet, befürchtet Alfredo ein ähnliches Schicksal für seine Gemeinde Argelia; Bergbau gibt es dort bereits und vier Kleinwasserkraftwerke sind geplant. Die beiden Aktivisten stehen für viele Kolumbianer*innen, die sich für die Verteidigung der natürlichen Gemeingüter, der lokalen Ökonomien und des sozialen Netzes in ihren Gebieten einsetzen und sich zu Bewegungen wie MOVETE zusammenschließen.

MVON ESTEFANÍA OCAMPO, SEBASTIÁN YARCE UND LAURA RUPP
orgens um vier kräht der Hahn, es ist Zeit für die Familie des Jungbauern Alfredo, aufzustehen. Während die Schokolade für das Frühstück erwärmt wird, bekommen die Schweine, Maultiere, Hasen und Hühner ihr Futter. Sobald die Sonne gegen sechs zwischen den majestätischen, grünen Bergen aufgeht, gehen Alfredo und sein Vater auf ihre Felder, die mit Kaffee, Bananen, Bohnen und Yucca bestellt sind, um Unkraut zu jäten, zu düngen und zu ernten. „Wir verkaufen neben Kaffee auch Eier, Schweine und Hühner,

das trägt zum Familieneinkommen bei“, erzählt Alfredo. An einem freien Tag gehen sie runter zum Fluss, um sich mit Familie und Freunden in seinem klaren Wasser zu erfrischen.

So ist das Leben im ländlichen Argelia, einer Gemeinde in Kolumbien, genauer gesagt im Osten Antioquias. Antioquia ist ein kolumbianisches Departement, mit der Hauptstadt Medellín. Der Osten des Departements umfasst 23 Gemeinden auf 7021 km² wasserreichem und fruchtbarem Gebiet, mit vielfältiger Fauna, Flora und Mineralienvorkommen in verschiedenen Klimazonen. Der Großteil der ca. 600 000 Einwohner*innen arbeitet in der Landwirtschaft, der Fischerei oder betreibt Kleinbergbau. Die Region ist bekannt für ihre Flüsse, die im Páramo entspringen, einem einzigartigen Ökosystem in den andinen Höhen Kolumbiens und Ecuadors, das Wasser produziert und speichert. Der Reichtum an natürlichen Gemeingütern sowie die Zugänglichkeit und die ökonomische Attraktivität der Region haben schon seit einigen Jahrzehnten das Interesse des Staates sowie von nationalen und internationalen Investoren geweckt.

Alfredo aus Argelia erzählt, dass er von klein auf die Stollen der Goldmine und die dadurch hervorgerufenen Erdbeben gesehen hat, die das Ökosystem und die Gemeinde beeinträchtigen: „Je weiter die Grabungen gehen, umso mehr Wildtiere und Pflanzen verschwinden.“ Aldemar, Präsident des lokalen Einwohnerrats in

Cocorná, hat um sich herum die Auswirkungen der sogenannten „Entwicklungsprojekte“ mit dem Bau des Wasserkraftwerks zwischen 2011-2014 miterlebt. Er erinnert sich an eine sehr attraktive Badestelle: „Es war ein großes Becken, mit sauberem Wasser zum Schwimmen und mit einem schönen Strand, an dem die Familien ihr Picknick genießen konnten. Nachdem das Wasserkraftwerk gebaut wurde, hat sich das Becken mit Schlamm gefüllt, sodass der Tourismus um 80% zurückgegangen ist und die Läden schließen mussten. In der Nachbargemeinde gab es mehrere Erdbeben, wodurch sich der Grundwasserspiegel absenkte und das Wasser im Sommer knapp wird.“ Wie üblich in diesen Fällen hat die Baufirma weggeschaut und das Projekt an ein ausländisches Unternehmen weiterverkauft, ohne die Gemeinde zu entschädigen.

Alfredo befürchtet, dass es in Argelia genauso kommt, da vier Kleinkraftwerke in ihrem Fluss La Paloma geplant sind. „Die Uninformiertheit der Gemeinden ermöglicht es den Unternehmen, diese zu täuschen und die Gemeingüter zu plündern. Einige Personen unterstützen die Energieprojekte, weil sie von den Versprechen träumen, die ihnen gemacht werden: bessere Straßen, ‚würdige‘ Arbeit. Doch der Großteil der Gemeinde ist sich der Schäden bewusst, die auf uns zukommen.“ Bergbau, Agroindustrie und Wasserkraftwerke sind die größten Bedrohungen für den Osten Antioquias und seine Gemeinden. „Mich interessieren das Territorium, das Wasser und die anderen Gemeingüter, die sie uns enteignen wollen“, sagt Alfredo und bezieht sich damit auf die hohe Verwundbarkeit der Gebiete. Die Natur wird privatisiert, um einige wenige Taschen zu füllen, ohne Rücksicht auf die Zerstörung von Ökosystemen, Gemeinden und lokalen sozio-ökonomischen Dynamiken.

Auch wenn es Gebiete ohne Strom gibt, liegt dies an fehlender Infrastruktur und nicht an Strommangel, da die inländische Nachfrage bereits komplett abgedeckt ist. Die von den geplanten Wasserwerken produzierte Energie ist nicht für den kolumbianischen Konsum gedacht, sondern für den Export ins Ausland. Der Streit ums Wasser ist nicht neu in der Region. Seit den 60er-Jahren wurden mehrere Wasserkraftwerke gebaut, darunter der Staudamm Peñol-Guatapé, der ein ganzes Dorf überschwemmte und die Zwangsumsiedlung Hunderter Familien erforderte. Aber die Region hat auch eine Geschichte der sozialen Mobilisierungen. Die Erfahrungen der sozialen Ungerechtigkeiten im Kampf um Land(nutzung) und Wasser in den 60er-Jahren haben die Bürgerbewegung (*Movimiento Cívico*) hervorgebracht, die sich gegen das hegemoniale extraktivistische Entwicklungsmodell gewehrt hat. Im Rahmen des bewaffneten internen Konfliktes in Kolumbien hat Ostantioquia unter der Präsenz verschiedener Akteur*innen (u.a. Guerilla, Paramilitärs und Militär) mehrere Phasen der Gewalt erlebt. Diese Akteur*innen haben Menschenrechte verletzt, einen großen Teil der Bevölkerung vertrieben, soziale Führungspersonlichkeiten und andere Zivilist*innen umgebracht. Der Krieg brachte Terror in die Region und zerstörte das soziale Netz der Gemeinden. Der soziale Kampf wurde stigmatisiert, verfolgt und unterdrückt, die Bürger*innenbewegung ausgelöscht.

Nachdem im November 2016 ein Friedensvertrag zwischen der größten Guerilla (FARC) und der Regierung unterzeichnet wurde, befindet sich Kolumbien heute in einem Friedensprozess. Theoretisch bedeutet das eine Gelegenheit, die Beteiligung und Mobilisierung der Zivilgesellschaft auszuweiten. In der Realität gibt es aber noch nicht genug Sicherheit für soziale Ausdrucksformen und zur Einforderung der Rechte; die Verfolgung, Stigmatisierung und

Ermordung der sozialen Anführer hat sich seit dem Friedensprozess sogar verschlimmert. Gleichzeitig bedeutet die „Befriedung“ der ländlichen Regionen eine größere „Investitionssicherheit“, was den Weg für die Ausbeutung der Gemeingüter durch Unternehmen frei macht. Die Bevölkerung Ostantioquias, gerade dabei, auf ihre Territorien zurückzukehren, hat sich noch nicht von der Gewalt erholt. Zusammen mit der Einschüchterung sozialer Akteure begünstigt dies die Umsetzung neuer extraktiver Projekte. Im August 2017 befanden sich rund 100 Wasserkraftprojekte im Bewilligungsprozess, sowohl Kleinkraftwerke als auch große Staudammvorhaben.

Aber nicht nur das hegemoniale Entwicklungsmodell wird weiter vorangetrieben. Es gibt auch ein Erbe des historischen Kampfes gegen die Ungerechtigkeit dieses Modells und zur Verteidigung eines partizipativen Ansatzes, der sich an den lokalen Bedürfnissen ausrichtet. *Movimiento Social por la Vida y la Defensa del Territorio – MOVETE* (Soziale Bewegung für das Leben und zur Verteidigung des Territoriums) wurde 2013 als ein Zusammenschluss lokaler Gemeinden, sozialer Organisationen und Aktivist*innen gegründet. Sie setzt sich für die Verteidigung von Wasser und anderer natürlicher und kultureller Gemeingüter im Osten Antioquias ein, indem sie die Gemeinden dazu befähigt, ihre Rechte zu vertreten und an den Entscheidungen über ihre Lebensweise teilzuhaben. MOVETE stellt das auf Extraktivismus basierende Entwicklungsmodell infrage und unterstützt alternative Vorschläge, welche von den Gemeinden entwickelt werden, zum Beispiel eine solidarische und auf Ernährungssouveränität ausgerichtete Wirtschaft. Gleichzeitig beweist der Zusammenschluss der Zivilgesellschaft, dass diese sich nicht einschüchtern und zum Schweigen bringen lässt. Eine organisierte Gemeinde mit einer gemeinsamen Identität ist entschlossen, auf ihrem Territorium zu bleiben, und kann nicht einfach übergangen werden. MOVETE weitet hierzu ihre Arbeitsfelder stetig aus, von der Weiterbildung und Forschung über Mobilisierung, bis zu politischer Lobbyarbeit und Kommunikation. Alfredo bestätigt, dass „dank der Gemeindeversammlungen, die in Argelia durch MOVETE begleitet wurden, die Leute sensibilisiert sind und sich organisieren, um über die Probleme und die zu verfolgenden Alternativen zu diskutieren“.

Eine Hauptaktivität von MOVETE ist das Wasserfestival, das jedes Jahr in einer anderen Gemeinde stattfindet. Es will die Menschen zusammenbringen und Debatten über die innergesellschaftlichen Konflikte ermöglichen. MOVETE konnte mit juristischen Strategien sowie sozialer Mobilisierung erreichen, dass einige Projekte gestoppt oder zumindest auf Eis gelegt wurden. Auch die Umweltbehörden wurden durch die erhöhte Aufmerksamkeit dazu gebracht, ihre Aufgaben besser zu erfüllen. Ziel von MOVETE ist es, dass die lokalen Gemeinden, wie die Bauernfamilie Alfredos, auf ihrem Land bleiben und dort selbstbestimmte Lebensformen entwickeln können sowie an den Entscheidungen über die Nutzung von Boden und Untergrund teilhaben und ohne Angst ihre Ablehnung gegenüber dem dominanten Wirtschaftsmodell artikulieren können. Alfredo hat gerade ein Studium als Betriebswirt abgeschlossen. Er studierte eine Woche im Monat und arbeitete die anderen auf dem Familienhof, wodurch er sein Studium finanzieren konnte. Seine Rolle in der Bewegung sieht er darin, „weiterhin bei den Gemeinde-Journalist*innen mitzumachen. Die sozialen Anführer*innen mit Kommunikationsfähigkeiten auszustatten, damit wir selbst unser Territorium, unsere Stärken und Probleme darstellen, ist die ideale Alternative, um uns gegen das extraktive System, welches sich die Allgemeingüter aneignen will, zu wehren.“ ■



FOTOS: RED TDT (RED NACIONAL DE ORGANISMOS CIVILES DE DERECHOS HUMANOS TODOS LOS DERECHOS PARA TODOS)

Die Botschaft der Gerechtigkeit

Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen in Mexiko

Obwohl sich nur eine kleine Gruppe von Mexikaner*innen beruflich der Verteidigung der Menschenrechte widmet, vereint dieser Kampf viele Menschen. Da ist die Frau mit ihrer Einkaufsstüte; sie sucht ihre seit 2010 verschwundene Tochter. Der Junge auf dem Skateboard prangert in den sozialen Medien die willkürlichen Verhaftungen seiner Freunde an. Die Freundinnen, die die Straße überqueren, nehmen an den Märschen gegen Feminizid (Frauenmord) in Mexiko teil. Der Mann mit dem Hut ist Journalist und deckt Korruptionsfälle auf. Es gibt so viele Gründe, das alles zu tun, wie es Leute gibt, die durch die Straßen laufen.

Alle, die sich individuell oder kollektiv der friedlichen Verbreitung und Verteidigung der Rechte von Personen einsetzen, sind Menschenrechtsverteidiger*innen, unabhängig von Alter, Beruf, Nationalität, Schulbildung oder Gender. Empörung und Empathie sind oft der erste Grund, um sich für Gerechtigkeit, Gleichheit und Reparation zu mobilisieren.

VON CRISTINA VALDIVIA CABALLERO

Der Staat trägt die Verantwortung dafür, die Menschenrechte der Bürger*innen zu schützen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Dennoch sind Menschenrechtsverletzungen in Mexiko üblich. Insbesondere deren Verteidiger*innen und Journalist*innen leiden unter Folter, gewaltsamem Verschwindenlassen, willkürlichen Festnahmen, außergerichtlichen Exekutionen, Cyberattacken und -überwachung, Kriminalisierung ihrer Aktivitäten durch haltlose Beschuldigungen und sogar Ermordung. Diese Tatsachen haben eine kollektive Wirkung: Sie schwächen soziale Bewegungen,

Organisationen sowie das Vertrauen zwischen den Menschen und schaffen ein Gefühl von Machtlosigkeit gegenüber den anhaltenden Verstößen.

In Mexiko zählt das Verteidigen von Menschenrechten zu einer Beschäftigung mit hohem Risiko. Nur bei zwei von hundert angezeigten Straftaten kommt es zu Ermittlungen, was dazu führt, dass die Zahl von Verbrechen gegen die Menschlichkeit immer weiter steigt und sie überall im Land vorkommen. In vielen Fällen verzichten die Opfer auf eine Anzeige, weil sie Vergeltung fürchten. Da aber auch in den angezeigten Fällen fast nie ermittelt wird, werden die Verantwortlichen nicht bestraft. All dies ermutigt die Täter, wissen sie doch, dass sie nichts zu befürchten haben. Die Straflosigkeit ist zugleich Ursache und Konsequenz der Menschenrechtsverletzungen in Mexiko.

Die Kultur des Machismus, die Normalisierung der Gewalt und die Tendenz, Frauen doppelt zum Opfer zu machen, indem sie für die Aggressionen gegen sie selbst verantwortlich gemacht werden, sind der Grund dafür, dass in Mexiko sieben Frauen pro Tag ermordet werden. Nur 25 Prozent dieser Delikte werden laut der Beobachtungsstelle *Observatorio Ciudadano Nacional de Femicidio* als Feminizide angesehen. Frauen, die Patriarchat und die Frauenfeindlichkeit anfechten, laufen umso mehr Gefahr, Opfer von Gewalt, sexueller Belästigung, Stigmatisierung und Diskriminierung zu werden. Häufig sind auch Familien und Freundeskreise betroffen. Viele Aktivistinnen und Journalistinnen sind daher aufgrund der psychischen und sozialen Wirkung der Schikanen, die ihnen aufgrund ihres Engagements entgegengebracht werden, Schuldgefühlen und Stress ausgesetzt und isolieren sich teilweise sogar von ihren Freundeskreisen. Auch diejenigen, die sich für den Schutz der Rechte von LGBTI einsetzen, werden angegriffen und zu Opfern des Machismus. Verbrechen gegen diese Personen werden in Ermittlungen als Privatsache

gehandelt, statt anzuerkennen, dass sexuelle Orientierung und Genderidentität der Grund hierfür sind.

Mexiko ist zu einem Transit- und Zielland für Migrant*innen aus Zentralamerika geworden, die ihre Lebensqualität verbessern möchten, vor Gewaltsituationen in ihren Ländern fliehen und die USA erreichen möchten. Wer versucht, die Menschenrechte von Migrant*innen zu schützen, wird häufig eingeschüchert und dem Vorwurf ausgesetzt, Kriminellen zu helfen. Obwohl wir alle das Recht auf Migration haben, werden Migrant*innen in Mexiko zu Opfern von Erpressung, Vergewaltigung, Entführung, Verschwindenlassen und Tötung, begangen größtenteils von kriminellen Gruppen entlang der Transitstrecke. Dies geschieht in Kollaboration, mit Zustimmung oder unter Stillschweigen der staatlichen Behörden.

Laut der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ wurden in Mexiko 2017 zwölf Journalist*innen ermordet. Nach Syrien ist Mexiko das zweitgefährlichste Land für diese Berufsgruppe, insbesondere in den Bundesstaaten Chihuahua, Guerrero, Oaxaca, Tamaulipas und Veracruz. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und führt dazu, dass Journalist*innen Selbstzensur ausüben, den Investigativjournalismus und ihre Anklagen gegen Korruption und Zusammenarbeit zwischen dem organisierten Verbrechen und staatlichen Behörden aufgeben. Personen, die die Menschenrechte verteidigen, sind in diversen Bereichen aktiv und setzen sich für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ein. Im Kontext von Bergbau, Energie und Infrastruktur werden Umweltschützer*innen und indigene Gemeinden von Staat und Unternehmen angegriffen, die daran interessiert sind, auf indigenem Territorium Megaprojekte durchzuführen. Oft sind diese Projekte bereits genehmigt, obwohl keine vorherige Konsultation gemäß der ILO-Konvention 169 durchgeführt wurde. Eine Strategie, an Land zu kommen, ist zudem, innerhalb betroffener Gemeinden Konflikte zu schüren. Die Gemeinden werden mit dem Vorwurf diffamiert und diskriminiert, sie seien gegen Entwicklung oder Teil von kriminellen Gruppen.

Mehr als 32000 Personen sind in Mexiko seit 2006 verschwunden. Die Familien und Angehörigen müssen selbst und aus eigener Initiative nach ihnen suchen und die sterblichen Überreste identifizieren. In vielen Fällen zeigt sich, dass es eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen Sicherheitskräften auf verschiedenen Ebenen und dem organisierten Verbrechen gibt. Dies ist der Fall bei den 43 Studierenden der Escuela Normal Rural de Ayotzinapa, deren Verschwinden seit 2014 nicht aufgeklärt wurde.

Was hat der mexikanische Staat gemacht, um diese Situation in den Griff zu bekommen? Es wurden neun interna-

tionale Menschenrechtsabkommen ratifiziert. 2012 wurde das Gesetz für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen verabschiedet, gemeinsam mit einem Schutzmechanismus, der Sicherheit, Freiheit und Integrität auf nationaler Ebene garantieren soll. Anfang 2017 waren in diesem Programm 386 Menschenrechtsverteidiger*innen und 260 Journalist*innen registriert. Dennoch ist der Mechanismus unzureichend, um eine sichere und geeignete Umgebung zu schaffen. Es werden keine umfassenden Analysen des tatsächlichen Risikos durchgeführt, die Kontext und Vorgeschichte berücksichtigen. Nötig wäre eine direkte Kooperation mit einer unabhängigen, nationalen Staatsanwaltschaft, die es jedoch nicht gibt. Außerdem müsste der Fokus auf Prävention gelegt werden, um einen effektiven, personalisierten und dauerhaften Schutz zu schaffen.

2013 ist das allgemeine Opferenschutzgesetz (*Ley General de Víctimas*) in Kraft getreten und die Kommission für Opferbetreuung (*Comisión Ejecutiva para la Atención de Víctimas* – CEAV) wurde geschaffen. Die Umsetzung dieses Gesetzes wurde von Opfern kritisiert, da die Betreuung langsam abläufe und eine Vielzahl bürokratischer Hürden zu bewältigen seien, um als Opfer anerkannt zu werden und so die Rechte in Anspruch



Eine Mutter fordert Gerechtigkeit für den Feminizid ihrer Tochter

nehmen zu können. Ein Jahr später wurde das Militärstrafgesetz so geändert, dass Verletzungen der Menschenrechte an Zivilist*innen von Zivilbehörden aufgeklärt werden. Doch diese Änderung ist begrenzt. So sind Fälle von Menschenrechtsverbrechen, die von Militärs begangen werden, der Militärjustiz vorbehalten, Zivilist*innen haben keinen Zugang zu den Prozessen. Dieses Panorama verschärft sich mit dem Gesetz für innere Sicherheit vom 21. Dezember 2017, das den Einsatz der Armee im Bereich der öffentlichen Sicherheit zur Norm macht, was große Besorgnis bei nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen und mexikanischen Bürger*innen ausgelöst hat.

Das Engagement von Personen und Journalist*innen, die sich für Menschenrechte einsetzen, entsteht dort, wo Verletzungen dieser Rechte begangen werden. Paradoxerweise aber werden sie eingeschüchert, ihre Arbeit wird extrem geschwächt und ihr Recht, Menschenrechte zu verteidigen, angegriffen. Wie Zeid al-Hussein, Hochkommissar für Menschenrechte der UNO, einmal sagte: „Statt den Boten zu töten, sollten wir uns um seine Botschaft kümmern.“¹ Hoffnung und Widerstand der Menschenrechtsverteidiger*innen gilt es, sichtbar zu machen, zu reproduzieren und hochzuhalten, bis ihre Bedeutung verstanden wird und sie das politische Handeln und den politischen Willen Mexikos bestimmten und die Realität in diesem Land verändert. Die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte muss wiederhergestellt werden, damit diese in ganz Mexiko und auf der ganzen Welt anerkannt, garantiert und respektiert werden. ■

Statt den Boten zu töten, sollten wir uns um seine Botschaft kümmern

Das Engagement von Personen und Journalist*innen, die sich für Menschenrechte einsetzen, entsteht dort, wo Verletzungen dieser Rechte begangen werden. Paradoxerweise aber werden sie eingeschüchert, ihre Arbeit wird extrem geschwächt und ihr Recht, Menschenrechte zu verteidigen, angegriffen. Wie Zeid al-Hussein, Hochkommissar für Menschenrechte der UNO, einmal sagte: „Statt den Boten zu töten, sollten wir uns um seine Botschaft kümmern.“¹ Hoffnung und Widerstand der Menschenrechtsverteidiger*innen gilt es, sichtbar zu machen, zu reproduzieren und hochzuhalten, bis ihre Bedeutung verstanden wird und sie das politische Handeln und den politischen Willen Mexikos bestimmten und die Realität in diesem Land verändert. Die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte muss wiederhergestellt werden, damit diese in ganz Mexiko und auf der ganzen Welt anerkannt, garantiert und respektiert werden. ■

1) Oficina en México del Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos (2016): Recomendaciones a México del Alto Comisionado de la ONU para los Derechos Humanos, Sr. Zedi Ra'ad al Hussein y respuesta del Estado mexicano. p. 7

Alltag in der Stadt der Frauenmorde

Von Sucheinsätzen, Sicherheitszonen und Selbstschutz von Frauen in der mexikanischen Grenzmetropole Ciudad Juárez

Ciudad Juárez erlangte einst traurige Berühmtheit durch Frauenmorde. Als der „Krieg gegen die Drogen“ die Grenzstadt überzog, geriet der Feminizid in Vergessenheit. Doch tatsächlich hat er nie aufgehört. Angehörige suchen in der Wüste nach den Überresten ihrer Töchter; in der Stadt kleben stets neue Suchplakate nach verschwundenen Mädchen und Frauen. Machismus und Straflosigkeit bleiben bestehen, auch wenn Initiativen Erfolge verzeichnen.

Die meiste Zeit des Jahres existiert der Navajobach gar nicht. Nur im September, wenn es selbst in der Wüste regnet, füllt sich sein Flussbett mit Wasser. Dann bahnt er sich seinen Weg von der Sierra de San Isidro bis hinunter ins Juáreztal. Manchmal schwemmt der Fluss dann Knochen mit. Denn der Navajobach ist ein offenes Grab. Vor fünf Jahren scheute dort ein Pferd vor einem ausgeblichenen Schädel. Und was Angehörige von in Ciudad Juárez verschwundenen Mädchen lange vermuteten, wurde zur düsteren Wahrheit. Die Fälle hingen zusammen, die Toten, die sich in den letzten Monaten ihres Lebens manchmal von Weitem sahen, hatten hier, rund 40 Kilometer von der Stadt entfernt, ein gemeinsames Grab gefunden. Idalí, Perla, Lizbeth, Beatriz, Deysi, Andrea, Mónica, Jessica, Yazmín, Leticia und Guadalupe konnten anhand von DNA-Proben zweifelsfrei identifiziert werden.

Dort wo heute rosafarbene Holzkreuze für sie unterhalb der Landstraße stehen, hält Cecilia Espinosa den Wagen an und steigt aus. Die Sozialarbeiterin vom Runden Tisch der Frauen von Ciudad Juárez betreut die Angehörigen der toten Mädchen. „Ausschlaggebend für die Hassmorde an Frauen ist ein tief verwurzelter Machismus, die Präsenz des Drogenhandels und die Verstrickung staatlicher Institutionen“, so Espinoza. Anfang der 1990er-Jahre wurde es im mexikanischen Ciudad Juárez erstmals notwendig, dem „Femizid“ einen Namen zu geben: Eine Serie von Frauenmorden an Industriearbeiterinnen begann in Zeiten von Verstädterung, Migration und Geschlechterrollenwandel. Angehörige des Juárezkartells sollen ebenso involviert gewesen sein wie die wirtschaftliche Elite der Stadt – gedeckt von Polizei und Justiz. Der mexikanische Staat wurde im Jahr 2009 vom Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof wegen Vereitelung der Ermittlungen schuldig gesprochen.

„Die vorherrschende Straflosigkeit angesichts jeglicher Gewalt gegen Frauen ließ den Femizid zur Epidemie werden“, erklärt Cecilia Espinosa. Gewalt und Kontrollwahn von Partnern und Expartnern gipfelte oft in einem Mord; Nachforschungen blieben weitestgehend aus.



FOTOS: KATHRIN ZEISKE

VON KATHRIN ZEISKE

Im Navajobach-Verfahren wurden die direkten Täter jedoch wegen Frauenhandel, organisierter Kriminalität und Mord besonderer Schwere zu drakonischen Strafen bis zu 697 Jahren verurteilt. Ihnen wurde nachgewiesen, die elf jungen Frauen entführt, gefangen gehalten, zur Prostitution gezwungen und schließlich in der Einsamkeit der Wüste umgebracht zu haben. Die Angeklagten sollen für die dem Juárezkartell unterstehende Bande Los Aztecas gearbeitet haben. Der umfassende juristische Nachweis von dem, was Mütter, Aktivistinnen und Akademikerinnen lange angenommen hatten, machte die von 2015 bis 2017 stattfindenden Verfahren einzigartig. „Aber es ist auch eine Verstrickung von Militär, Polizei und Behörden deutlich geworden, die das wahre Ausmaß der Verbrechen klar macht. Frauenmorde werden in dieser Stadt so schnell kein Ende finden“, schließt Espinosa und geht zu ihrem Wagen zurück.

An diesem Morgen haben sich Familienangehörige aufgemacht, um im 4000 Hektar umfassenden Gebiet des Navajobachs auf eigene Faust weitere Tote zu suchen. Begleitet werden sie von Polizeiangehörigen und zwei Forensikern der Staatsanwaltschaft. Gelangweilt stehen die Beamten mit Maschinengewehren auf dem Rücken vor ihren Pickups. „Die Polizei hat kein Interesse daran, hier Leichen zu finden“, so José Luis Castillo, Vater der 2009 verschwundenen Esmeralda. Zu eng ist sie mit La Línea, der Polizeiunterorganisation des Juárezkartells, verknüpft. Die Ungewissheit, was mit seiner Tochter passiert sei, verursache eine grausame Agonie, so Castillo. „Ich werde dich solange suchen, bis ich dich gefunden habe“, steht auf seinem weißen T-Shirt. Angeblich stimmt einer der im Navajobach gemachten Knochenfunde von fast 50 toten Frauen mit der DNA seiner Tochter überein; doch die Familie Castillo hat gelernt, den Behörden zu misstrauen. Gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen hat der Vater den Sucheinsatz in die Wege geleitet. Während die Beamten dazu übergehen, Klapperschlangen zu jagen und Selfies mit den toten Tieren zu schießen, werden die Familienangehörigen von zivilgesellschaftlichen Expert*innen unterstützt.

Es sind Angehörige von Verschwundenen aus Torreón. Sie ha-

ben sich selbst zu wahren Cracks ausgebildet auf der verzweifelten Suche nach ihren Toten. Zielstrebig ziehen sie los, geben Anweisungen an die Unerfahrenen: immer im Zickzack laufen, immer mit einigem Abstand zur nächsten Person ein möglichst großes Gebiet abschreiten. Sie werden bald fündig. Mindestens drei Körper machen sie aus, bevor die Sonne im Zenit steht. Auch eine Unterhose, eine Handtasche und eine blutgetränkte Bluse werden gefunden. Die staatlichen Forensiker stellen die Fundstücke sicher. Am nächsten Tag bleiben die Beamten einem erneuten Sucheinsatz fern. Die gefundenen Knochen können nur per GPS auf einer Karte verzeichnet und mit einer roten Fahne in der Landschaft versehen werden.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind Frauenmorde in ganz Lateinamerika zur traurigen Realität geworden. In Ciudad Juárez wurden allein zwischen Januar und November 2017 76 Fälle verzeichnet; ein Anstieg von 40 Prozent zum Vorjahr. „Rund die Hälfte aller verschwunden gemeldeten Mädchen und Frauen wurde aus dem Stadtzentrum entführt“, erklärt Verónica Corchado, eine bekannte feministische Aktivistin. „Im Grunde genommen handelt es sich um einige Blocks, in denen sich alles abspielt.“ Die hochgewachsene Frau mit den dunkelroten Locken ist seit Oktober 2016 in der Stadtregierung und treibt das Projekt einer Sicherheitszone für Frauen im Zentrum voran. Es wäre ein Unding, dieses limitierte geografische Gebiet einfach außer Acht zu lassen, sagt sie. Die geplante Sicherheitszone ist mittlerweile zu einem Großprojekt der ersten unabhängigen Stadtregierung von Ciudad Juárez und des lokalen Fernsehmoguls Armando Cabada herangewachsen. Verónica Corchado schreitet das Gebiet zwischen Zuggleisen, Kathedrale und Grenze ab. Laute Mamborhythmen schallen durch die Fußgängerzone. In fast bis zu den Rippen hoch geschnittenen Hosenanzügen, mit Hosenträgern und von langen Federn gezierten Hüten tanzen die *Pachucos* vor Trauben von Menschen. Sie gehören einer populären Subkultur der binationalen Grenzbevölkerung an. Rockbands spielen und Familien bummeln an Essens- und Keramikständen vorbei, verlieren sich in den abgehenden Fußgängerpassagen und den engen Straßen Richtung Marktgegend, die vor lauter Ständen und Auslegeware kaum zu passieren sind.

„Es geht bei dem Projekt der Sicherheitszone nicht nur um weibliche Polizeipatrouillen und Notrufsäulen“, sagt Verónica Corchado. Ziel sei vielmehr die Einbeziehung der Besitzer*innen und Beschäftigten der unzähligen Geschäfte und Stände im Zentrum. Und eine klare Positionierung der Stadtregierung hinsichtlich eines so himmel-schreienden Problems wie den Femiziden. „Ciudad Juárez lebt von den Investitionen der Maquilawirtschaft an der Grenze. Der Diskurs vor Ort ist stets geprägt von der Position, die Stadt von ihrem Image der Gewalt und Frauenmorde zu befreien.“ Diese würden verharmlost und unter den Teppich gekehrt. Mütter dazu angehalten, ihre Suche aufzugeben, um die Statistiken zu beschönigen. „Es ist unerlässlich, dass der Schutz von Frauen zur Stadtpolitik wird“, bemerkt Corchado. So hat sie auch eine App anfertigen lassen, die durch bloßes Schütteln des Handys bei der Polizei Alarm schlägt. Im Frühjahr soll der Sicherheitskorridor im Zentrum fertig gestellt sein.

Jüngere Aktivistinnen sehen das Projekt kritisch und nutzen die sozialen Medien, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. „So ein Quatsch“, schreibt etwa eine Angehörige eines feministischen Kollektivs auf Facebook. Sie glauben, dass der Sicherheitskorridor eine Gentrifizierungspolitik vorantreiben wird, wie sie einst durch

Vertreibungen während der Militarisierung begonnen wurde. Während des sogenannten „Drogenkriegs“, der die Stadt zwischen 2008 und 2012 in einen Ausnahmezustand versetzte und über 14 000 Tote forderte, wurde ein weiter Teil des Zentrums einfach dem Erdboden gleichgemacht, um dem Juárezkartell traditionelle Drogenumschlagplätze und Operationszentren zu nehmen. „Die Straflosigkeit bleibt“, bemerkt Linda Ávila. Wie viele Frauen, die sich untereinander organisieren, überlegt sie, wie sie sich selbst und ihre Töchter vor sexuellen Übergriffen schützen kann. „Meine Töchter sind genauestens instruiert, wie sie alle Türen zu verriegeln haben, wenn sie alleine sind. Welche Messer und Werkzeuge sie zur Verteidigung benutzen können.“ Ávila verfolgt die Frauenmorde in den sozialen Medien, der Presse und über Bekannte in den Behörden. „Das Alba-Protokoll, ein internationales Instrument, das die Auffindung verschwundener Minderjähriger zur Priorität erklärt, wird in Ciudad Juárez fast jeden Tag aktiviert, jedoch ohne dass die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.“

Als Psychologin ist Linda Ávila interessiert an Täterprofilen. Sie selbst erinnert sich mit Grauen an den Tag, als sie bei der Arbeit in einem der ausgedehnten Wohnviertel im Süden der Stadt überfallen und von zwei jungen Männern festgehalten wurde. Dort wo Meere aus winzigen Sozialbauten und notdürftig zusammengedrückten Hütten direkt neben den Hightechfabriken der Montageindustrie stehen und Menschen in modernen Sklavenverhältnissen leben. „Der eine begann augenscheinlich Gefallen an meiner Angst und seiner Macht zu gewinnen.“ Immer, wenn sie von Gewaltverbrechen an Frauen hört, muss Ávila an ihn denken. Auch als im Dezember die sexuelle Attacke gegen drei minderjährige Schwestern, deren Eltern auf Nachtschicht waren, für eine von ihnen tödlich endete. Die Psychologin erinnerte sich sofort an ihren eigenen Peiniger und meinte, es müsste derselbe sein, dabei weiss sie, dass es ein strukturelles Problem ist. „In einer Gesellschaft, in der sich so viele Männer ausgeschlossen und unbeachtet fühlen, werden Allmachtsphantasien zum Ventil. Gepaart mit einem allgegenwärtigen Machismus und Frauenhass ist das ein tödliches Gemisch.“ Und machistisches Gedankengut ist in Ciudad Juárez keinesfalls verpönt, sondern salonfähig. 70 000 Männer sind in der Facebook-Gruppe *Imperio Alpha* aktiv, in der Cybermobbing gegen Frauen betrieben wird und wo voyeuristische Handyaufnahmen sowie intime Aufnahmen ohne das Einverständnis der abgebildeten Frauen verbreitet werden. Das *Imperio Alpha*-Logo eines stilisierten bärtigen Gesichts prangt auf Autoheckscheiben in der ganzen Stadt und suggeriert den sexistischen Grundkonsens. ■



La Parota

Der unnachgiebige Widerstand der
Umweltbewegung im mexikanischen Acapulco

Der Parota ist ein Baum von 20 bis 30 Metern Höhe und einem Stamm von fast vier Metern Durchmesser, der in tropischen und warmen Regionen wächst. Seine Früchte, Harz und Rinde werden zur Herstellung traditioneller Medizin verwendet. La Parota ist außerdem der Name eines großen Wasserkraftprojektes, das in den ländlichen Gemeinden Acapulcos gebaut werden soll.

Foto: ANA RODRIGUEZ CARRINGTON

Acapulco ist ein Hafen und eine Stadt, gelegen an der Pazifikküste im Süden Mexikos. Ihr Name bedeutet auf Nahuatl „wo die Schilfrohre zerstört oder verwüstet wurden“. Vormalig weltweites Tourismusziel, das in den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts von Hollywoodsternen besichtigt wurde, ist es heute eine enorme Großstadt, in der mehr als 700 000 Menschen leben.

VON LUIS HERNÁNDEZ NAVARRO

In Wirklichkeit ist Acapulco nicht eine Stadt, sondern drei verschiedene mit demselben Namen. Die eine ist das Acapulco mit Sonne und Stränden, großen Hotels, Vergnügungszentren und Rückzugsorten der Reichen und Mächtigen. Das Zweite ist das Acapulco der Armen, wo hunderttausende Serviceangestellte und informelle Arbeiter*innen zusammengepfercht und ohne Wasser leben. Schließlich gibt es das ländliche Acapulco mit Gemeinden voll von Staub, Häusern aus Luftziegeln und Blech, Böden aus Erde, Mosquitos und einem Mangel an jedweden Annehmlichkeiten. Die Bildungssituation der Bewohner*innen ist prekär und sie leben in extremer Armut.

Das Megaprojekt La Parota will sich im Flussbett des Río Papagayo niederlassen, 30 Kilometer vom Hafen entfernt. Seine Staumauer hätte mehr als 162 Meter Höhe und drei Gruppen von Turbogeneratoren, die jährlich mehr als eine Milliarde Kilowattstunden produzieren würden. Mehr als 17 000 Hektar Land würden überflutet, wovon 25 000 Menschen direkt und 75 000 indirekt betroffen wären.

Wenn die ursprüngliche Bedeutung von Acapulco „wo die Schilfrohre zerstört und verwüstet wurden“ ist, müsste mit dem

Staudamm La Parota der Name geändert werden, um darüber zu berichten, dass nicht nur die Schilfrohre dem Erdboden gleichgemacht würden, sondern ganze Dörfer.

Obwohl der Bau des Staudamms La Parota von der *Comisión Federal de Electricidad* (eine staatliche Einrichtung, beauftragt mit der Elektrizitätserzeugung und -verteilung) im Jahr 1976 geplant wurde, dauerte es bis zur Präsidentschaft von Vicente Fox (2000-2006), ehe das Wasserkraftprojekt anfangen, Gestalt anzunehmen. Aber es lief nicht glücklich an. Im Jahr 2003 lehnten Pächter*innen, die Betreiber*innen der Landwirtschaftsbetriebe und Bewohner*innen, die sich mit Wasser des Río Papagayo versorgen, das Projekt ab. Der Staudamm, fanden die Gegner*innen, sollte lediglich bei 19 Prozent seiner Leistungsfähigkeit für vier Stunden täglich betrieben werden und der Lizenznehmer des Werks sollte die Kontrolle über den Überschuss haben. Marco Antonio Suástegui, Sprecher der öffentlichen Bewegung gegen den Staudamm, fasste die Gründe seines Einwands zusammen: „Nie haben wir um dieses Projekt gebeten. Nie haben wir um Geld gebeten. Ökonomisch gesehen ist es nicht durchführbar, ökologisch gesehen nicht nachhaltig, sozial ist es nicht akzeptabel.“

Der öffentliche Widerstand gegen den Bau von La Parota war ein Heldengedicht. Bislang konnte das Projekt nicht zustande kommen. Allerdings gab es zahlreiche Angriffe gegen den Protest. Die im *Consejo de Ejidos y Comunidades Opositoras a la Presa La Parota* (CECOP) organisierten Bewohner*innen des ländlichen Acapulco mussten alle Arten von legalem und illegalem Druck ertragen, von der Bundesregierung, vom Staat und von Banditen. In den ersten Tagen des Kampfes wurden drei ihrer Mitglieder

ermordet, ihre Führer*innen wurden nach und nach inhaftiert, man bestach die Schwächsten, man bedrohte und entzweite die Kommunen und das Engagement von Sozialprogrammen bedingte, dass die Ärmsten den Bau des Staudamms unterstützten. Der Protestführer, Marco Antonio Suástegui, wurde von Regierungsstellen ständig juristisch bedrängt. Er ist Pächter, Architekt und Sohn eines alten Umweltaktivisten der Region. In den Jahren 2004 und 2014 wurde er inhaftiert und der Entführung, versuchten Totschlags, Raub, Hausfriedensbruchs, Plünderung, Auflehnung, Sabotage und vielem mehr beschuldigt. Im Jahr 2014 führte er zudem einen Kampf gegen die Kiesfirma, die den Río Papagayo ausbeutete, indem sie in dessen Flussbett Kies und Sand abbaut. Erst am 7. Januar dieses Jahres nahm ihn die Polizei in einer wilden Aktion gewaltsam fest und folterte ihn. Sie brachten ihn auf einen Hügel nahe der Gemeinde La Concepción in Cacahuatpec, den Kopf mit einem T-Shirt verdeckt, und schlugen auf ihn ein. Als wäre er zu einer mittelalterlichen Strafe verurteilt worden, verdroschen sie ihn mit einer Moringarute und warnten ihn: „Wenn du jetzt nervst, bringen wir dich vor Gericht.“ Sie verlangten, dass er eine Schusswaffe abfeuert und ließen ihn am Ende bewusstlos liegen.

La Concepción, im ländlichen Acapulco gelegen, ist eine der Hauptbastionen der Gegner*innen des Baus von La Parota. Wenige Tage bevor die Polizei Suástegui festnahm und folterte, entdeckte die Gemeinde zwei angeheuerte Killer, die ihn töten sollten. Die selbstorganisierte *Policía Comunitaria del Consejo Regional de Autoridades Comunitarias* (CRAC), die in der Region auf der Basis des Gesetzes 701 agiert, spürte sie auf und nahm sie fest. Jene Gemeinschaftspolizei hat der CECOP gestattet, organisierten Verbrecherbanden den Zutritt zu den Gemeinden zu verbieten. Einer der Handlanger hatte mehrfache Namen und Identitäten, allesamt falsch. Die Gemeinden fanden Ausweise mit den Namen Alejandro Liborio, Guillermo Marín und Iván Soriano, die ihn als Soldaten, als Präsidenten des Aufsichtsrats des Gemeindevermögens von Cacahuatpec und als Anwalt auswiesen (<https://goo.gl/6kti-Ux>). Außerdem trug er eine Waffe bei sich.

Für das Verbrechen wurden die Schläger von Mauro Gallegos Salgado, dem Kommissar der Ortschaft Parotilla, und von Antonio Morales Marcos, dem zweiten Kommissar von La Concepción, engagiert. Letzterer zeigte Alejandro/Guillermo/Iván verschiedene Orte, um Suástegui in einen Hinterhalt zu locken. Die Killer hatten kein Glück, weil Suástegui immer in Begleitung der Gemeindepolizei unterwegs war.

Der Auftragsmörder wurde wie gesagt von den Gemeindemitgliedern entdeckt und festgenommen. Genauso erging es seinem Partner Alejandro Moctezuma Trujillo. Drei weitere Komplizen flüchteten. Erstere blieben jedoch nicht lange in Haft. In einer unverhältnismäßigen und tödlichen Operation wurden sie am 7. Januar mit Unterstützung eines Helikopters von mehr als 200 Staats- und Bundespolizist*innen und Soldat*innen befreit. Gleichzeitig nah-

men sie Suástegui fest, schlugen und folterten ihn sowie 38 weitere Bäuer*innen, von denen sie zwei außergerichtlich exekutierten. Stunden vor der Ankunft der Polizeikräfte in La Concepción lockte eine von den Dorfälteren organisierte paramilitärische Gruppe einige Gemeindemitglieder in einen Hinterhalt. Die beiden Angriffe in Cacahuatpec hinterließen elf Tote.

Das mexikanische Büro der UN-Menschenrechtskommission verurteilte die Taten und bestätigte, dass die staatlichen Sicherheitskräfte in Teilen Grundrechte der Bewohner*innen verletzt hatten.

Die Gegner*innen von La Parota sind nicht allein. Im Februar 2006, bei einem Treffen der CECOP und der EZLN im Kontext der *otra campaña* in Agua Caliente, Guerrero, sagte der damalige Subcomandante Marcos (der sich heute Galeano nennt) den Gegner*innen des Staudamms: „Nach unserem Wissen als indigene Maya fließt der Río Papagayo auch durch die Berge im Südosten Mexikos. Deshalb wollen wir Vicente Fox und seinen gelbschwarzen Arm, Zeferino Torreblanca, darauf hinweisen, dass, wenn die Armee diese Gebiete angreift, sie auch die Berge im mexikanischen Südosten angreifen muss.“ (<https://goo.gl/6wBSXX>)

Am 9. Januar 2018, fast zwölf Jahre nach diesen Worten, sandte María de Jesús Patricio, Sprecherin und Präsidentschaftskandidatin des *Consejo Indígena de Gobierno* und des *Congreso Nacional Indígena*, im Namen jener Organisationen ihre Unterstützung und Solidarität angesichts des feigen Angriffs, den CECOP erleiden musste.

Die jüngste Inhaftierung von Marco Antonio Suástegui und die Polizeigewalt gegen La Concepción sind nicht willkürlich. Es geht darum, das Gelände von Widerständen zu säubern, um das Wasserkraftprojekt wiederzubeleben. Die Regierung will die Wahlkampagne nutzen, um CECOP in die Enge zu treiben, ihre Führer zu kriminalisieren und einen Krieg mit Blut und Feuer zu führen, um das Wasserkraftprojekt doch noch durchzusetzen. Der Angriff auf Suástegui ist kein isoliertes Ereignis. Erst am 18. Januar fand man in Michoacán die Leiche der Umweltaktivistin Guadalupe Campanur, einer indigenen Purépecha, die sich für den Schutz der Wälder von Cherán eingesetzt hatte. Vor einem Jahr wurde in Chihuahua der Rarámuri-Aktivist Isidro Baldenegro umgebracht. Er war Förderer der Gerechtigkeit für die Umwelt und Träger des renommierten US-amerikanischen Goldman Umweltpreises. In Guerrero wurde am 14. Oktober 2017 der Campesinoführer Ranfería Hernández zusammen mit seiner Frau, seiner Schwiegermutter und seinem Fahrer ermordet.

Die Liste der ermordeten, inhaftierten oder Todesdrohungen ausgesetzten Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen, der sozialen Vorkämpfer*innen und Journalist*innen in Mexiko ist lang. Anstatt kleiner zu werden, wächst sie täglich. Die indigene und öffentliche Opposition gegen die Enteignung von Land und natürlichen Ressourcen soll wortwörtlich zunichte gemacht werden. Wie uns die Erfahrung von La Parota und seinem Widerstand zeigt, ist das bisher nicht gelungen. ■



Foto: TIERRA RADIO, CECOP 2014

Land oder Tod!

Das historische Engagement von
Hugo Blanco im Kampf um Land in Peru



Foto: FLÁVIA FÁVARI

„Die Mine tötet“, Cusco, Juli 2012

Symbol des Kampfes um Land und die Agrarreform in Peru, Revolutionär, Gewerkschaftsführer, Parlamentarier, Umweltaktivist – die politische Laufbahn von Hugo Blanco Galdós vermischt sich mit den wichtigsten historischen Momenten seines Landes. Sein Engagement ist ein wichtiger Teil des historischen Kampfes um Land und Leben, dessen Wichtigkeit und Bedeutung hervorgehoben werden soll.

Die Erde beinhaltet die Welt. Sie ist der Boden, auf dem wir leben, Versorgungsquelle für den Körper und gleichzeitig Nahrung für den Geist. In Lateinamerika ist sie zudem der historische Boden des kolonialen Beutezugs und des oligarchischen Autoritarismus, andererseits aber auch die Grundlage von alltäglichen Kämpfen, Widerständen und Revolutionen. Ein Aspekt, den viele indigene, schwarze und feministische Bewegungen zur Diskussion stellen, ist die Notwendigkeit, die Erde als ein holistisches Wesen mit Rechten zu begreifen, sowie die Dringlichkeit, sie abseits des kapitalistischen und eurozentristischen Entwicklungsparadigmas von anderen Blickwinkeln und Erfahrungen aus zu betrachten.

VON FLÁVIA FÁVARI

Die politische Laufbahn des peruanischen Gewerkschaftsführers Hugo Blanco Galdós geht einher mit dem Verständnis der Erde in ihrer Ganzheitlichkeit, als Territorium des politischen Handelns, der Produktion und Reproduktion des Lebens. Der quechua-sprachige Blanco, 1934 im peruanischen Bezirk Huanquite (Provinz Paruro in der Region Cusco) geboren, ist Umweltschützer und wurde zum Symbol des Kampfes um Land und die Agrarreform in Peru, obwohl er den unangenehmen Titel als „Anführer“ strikt ablehnt. Der Beginn seines Engagements führt bis in die Anfänge der 60er-Jahre zurück, als sich indigene Bäuerinnen und Bauern in verschiedenen peruanischen Regionen gegen das brutale System der Ausbeutung erhoben, dem sie unterworfen waren. Der Aufstand lief unter dem Motto „Die Erde denen, die sie bearbeiten“ oder dem in der Hitze der Mobilisierungen angestimmten Ruf „;Tierra o muerte!“ – „Land oder Tod!“, der Jahre später zu Blancos Buchtitel wurde.

Das Elend, in dem indigene Bäuer*innen im Andenhochland lebten, wurde bereits in den 1920er-Jahren von einem der angesehensten marxistischen Denker Lateinamerikas, dem Peruaner José Carlos Mariátegui (1894-1930), thematisiert. Er prangerte die Unterdrückung und hierarchische Zurücksetzung an, die Indigene in den peruanischen *haciendas* (Farmen) erlitten, wo ihnen ein semiferales Ausbeutungssystem aufgezwungen wurde, das einer Knechtschaft glich und zudem paternalistisch und rassistisch geprägt war. Auf dem andinen Landgut war es üblich, dass der

Landbesitzer, auch *hacendado* oder *gamonal* genannt, eine Parzelle des Bodens seinen Angestellten zur Verfügung stellte, die dann unbezahlt für ihn auf seinem Land arbeiten mussten, bevor sie auf zumeist kleineren und unproduktiveren Flächen für sich selbst anbauen konnten. Für Mariátegui war dieses Herrschaftssystem eines der großen Probleme, die vom peruanischen Sozialismus überwunden werden sollten, der das Problem der indigenen BäuerInnen als Landproblem betrachten müsse sowie als zentrales Thema für nationale und revolutionäre Kämpfe.

Es ist richtig, dass dieses Herrschaftssystem über die Zeit hinweg und je nach Region jeweils spezielle Züge angenommen hat. In den 1960er-Jahren mussten die Arbeiter*innen auf den Kaffee- und Kakaopflanzungen in Cusco andere Arbeiter*innen anstellen, wenn sie selbst ihren Verpflichtungen gegenüber den Landbesitzern nicht nachkamen. Das feudale Ausbeutungssystem wurde immer komplexer und verschob sich von einer bilateralen Herr-Knecht-Beziehung hin zu einer Ausbeutungskette. In der neuen Hierarchie stand der *gamonal*, der Landbesitzer, dessen Vorteile sich kaum veränderten, ganz oben. Unter ihm folgte der Knecht, dann der *sub-arrendire*, *allegado*, *sub-allegado* und *pongo*, die alle auf verschiedenen und nach unten hin immer schärferen Ebenen der Prekarisierung die Funktionen ausführten, die ursprünglich dem Knecht zuteil waren.

Im Großen und Ganzen waren es die Erfahrungen des Kampfes in La Convención, einer Provinz im Norden der Region Cusco, die den Prozess der Mobilisierungen auch in anderen Regionen des Landes antrieben. Der „Trotzkist“ Hugo Blanco gehörte damals einer nicht hegemonialen Strömung der peruanischen Linken an, die auf die Organisation der indigenen Bäuer*innen als revolutionäre Kraft setzten. So liefen sie in gewisser Weise anderen wichtigen linken Kräften im Land entgegen, deren Strategie sich auf die urbane Arbeiterklasse, vor allem in Lima, richtete. Dies ist insofern wichtig, als Bäuer*innen/Indigene selbst innerhalb der Linken oft für konservativ, ignorant und zur politischen Organisation unfähig gehalten werden. In dieser Linie wird der Proletarier aus der Fabrik zum revolutionären Subjekt schlechthin erklärt. Doch Peru war in den 1960ern zum großen Teil ein Agrarland mit einer ungleichen und rassistischen Struktur in der Besitzverteilung und vor allem durstig nach Gerechtigkeit. Hugo Blanco nahm an dieser kollektiven Suche nach Veränderungen teil.

In La Convención schloss sich Hugo einer regionalen Mobilisierung für das Land an und gab der Bewegung, die sich ausgehend von Gewerkschaften und kleinbäuerlichen Vereinigungen organisierte, um den Forderungen der Grundbesitzer gegenüberzutreten zu können, strategische Unterstützung. Die Unmöglichkeit, zwischen Arbeiter*innen und einigen *hacendados* zu einer Einigung zu kommen, gab den Startschuss für einen andauernden Streik, der darin bestand, die Produktion für die Landbesitzer einzustellen. Der Prozess, der auf horizontaler Mobilisierung von unten beruhte, wurde in der Hitze des Gefechts Generalstreik genannt und allmählich als eine Agrarreform des Volkes verstanden.

Hugo Blanco Galdós erlangte Berühmtheit als derjenige, der die Agrarreform in Cusco vorangetrieben hatte, was er selbst strikt bestreitet. Obwohl er Gewerkschaftsführer war, weist er darauf hin, dass die Organisation der Arbeiter*innen bereits vor seiner Ankunft in La Convención stattgefunden habe und auch während seiner Haft mit voller Kraft weitergeführt wurde. Er wurde 1962 aufgrund einer bewaffneten Aktion des von ihm angeführten Komitees für Selbstverteidigung der Gewerkschaft festgenommen, bei der ein

Polizist zu Tode kam. Er wurde zu 25 Jahren Haft verurteilt, von denen er sieben Jahre absaß, bis er von der Militärregierung unter Juan Velasco Alvarado (1968-1975) deportiert wurde. In dieser Zeit kam er nach Mexiko, Argentinien, Chile und Schweden.

Der Prozess der Agrarreform wurde letztendlich durch den peruanischen Staat kanalisiert, indem in den 60ern und Anfang der 70er offizielle Agrarreformen durchgesetzt wurden, eine bescheidenere mit weniger Reichweite und eine energischere, breitere und durchsetzungsfähigere, die 1969 von der oben genannten Militärregierung erlassen wurde.

Hugo Blanco kam erst 1977 zurück nach Peru, um an den Wahlen und den Aktivitäten der Verfassungsgebenden Versammlung teilzunehmen, ein Prozess, der dem Land formell die Demokratie zurückbrachte. In der ersten Hälfte der 80er-Jahre war er Abgeordneter, in den 90ern Senator. Gleichzeitig wurde er Mitglied des Verbands der Kleinbauern und -bäuerinnen *Confederación Campesina Agraria* (CCP), wo er bis heute aktiv ist.

1994 lebte er in Mexiko, als dort die zapatistische Bewegung an Stärke gewann. Es dauerte nicht lange, bis er eingeladen wurde, an den politischen Ausbildungen teilzunehmen, die von Zeit zu Zeit im zapatistischen Territorium stattfanden, den *Escuelitas*. Diesmal handelte es sich bei Hugo Blancos Aufenthalt in Mexiko um eine Art des freiwilligen Exils. Anfang der turbulenten 90er-Jahre, als er in Peru das Senatorenamt innehatte, wurde ihm klar, dass er im Visier von zwei Akteuren stand, die sich militärisch bekämpften. Nicht nur der Geheimdienst des Ex-Präsidenten und Diktators Alberto Fujimori (1990-2000) hatte es aufgrund seiner konsequenten politischen Haltung auf ihn abgesehen, sondern auch die gefürchtete maoistische Guerilla *Sendero Luminoso*, zu deren Strategie auch die Eliminierung linker Führungspersonlichkeiten und Politiker*innen gehörte. Ende der 80er und Anfang der 90er war das Klima in Peru wegen der Aktionen der Guerilla und der brutalen Repression des peruanischen Staates sehr angespannt.

Heute, mit seinen 83 Jahren, schafft der charismatische Herr mit weißem Bart und entschlossenem, leidenschaftlichem Ausdruck es nicht, nach Jahren des turbulenten politischen Engagements den verdienten Frieden und die Annehmlichkeiten des Alters zu genießen. Hugo Blanco hörte nie auf, sich mit sozialen, indigenen und ländlichen Bewegungen auf nationaler, wie in den Fällen der unzähligen Konflikte von Gemeinden mit Bergbauunternehmen, und internationaler Ebene, wie *Podemos* in Spanien, der Landlosenbewegung *Movimento dos Sem Terra* (MST) in Brasilien und der bereits erwähnten zapatistischen Bewegung in Mexiko, abzustimmen.¹

Der Aktivist hat sein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit im Anblick des neuen neoliberalen Ansturms aktualisiert, der auf die natürlichen Ressourcen, vor allem in den lateinamerikanischen und indigenen Territorien zielt. Blanco hat verstanden, dass der heutige Kampf um Land ein universaler Kampf der Verteidigung des menschlichen Lebens auf der Erde ist. Dies impliziert wiederum die Möglichkeit des Widerstandes und der Existenz der indigenen Gemeinschaften und des Erhalts ihrer Territorien und Lebensweisen. Gegen die parastaatlichen Mächte der nach Gewinn strebenden transnationalen Organisationen versteht sich der Kampf letztendlich als Stärkung des Gemeinwohls, der Gemeinschaft und der Horizontalität im politischen Handeln ganz im zapatistischen Stil des „gehorchenden Befehls“. Es heißt: Land oder Tod! ■



Hugo Blanco

Die Kunst des Widerstands

Honduras: Große und kleine Mobilisierungen gegen Wahlbetrug und „Demokratische Diktatur“



Foto: PAOLA REYES

Am 26. November 2017 fanden Wahlen in Honduras statt. Die internationale Gemeinschaft bezeichnete sie als einen „Wahlprozess von geringer Qualität“. Für die sozialen Bewegungen in Honduras war es ein neuer Staatsstreich mit Wahlbegleitung. Die Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe führten zu einer massiven Mobilisierung der Bürger, die von der Regierung sofort unterdrückt wurde. Mehrere Dutzend Demonstrant*innen wurden getötet und Hunderte inhaftiert. Eine Bevölkerung, die vor gerade mal acht Jahren einen Staatsstreich erlebte und mit einer großen Widerstandsbewegung antwortete, verurteilt heute trotz Verfolgung und Ausgangssperren die Durchsetzung einer illegalen Wiederwahl des Präsidenten.

Die Wiederwahl von Präsident Juan Orlando Hernández (JOH) ist keine einfache Laune, die ihm im letzten Moment kam. Es ist Teil eines gut koordinierten Plans,“, urteilt der honduranische Menschenrechtsanwalt Joaquín Mejía. Im Jahr 2012 tauschte Juan Orlando Hernández (JOH), damals Präsident des Nationalkongresses, willkürlich vier Richter des Obersten Gerichts aus, einer Institution, die die Verfassung schützen soll, und ernannte ihm und der rechtsgerichteten Nationalen

VON PAOLA REYES

Partei nahestehende Richter. 2015 erklärten die neuen Richter den Artikel der Verfassung, der ausdrücklich die Wiederwahl des Präsidenten verbietet, für nicht verfassungsgemäß, um den inzwischen als Präsident amtierenden JOH bei seinen Bestrebungen zu unterstützen, weitere vier Jahre im Amt zu bleiben. Mit diesem Urteil verstoßen Oberstes Gericht und Regierung gegen den von der Verfassung vorgeschriebenen Rechtsweg. Danach darf dieser Verfassungsartikel nur durch eine Volksabstimmung und Verfassungsgebende Versammlungen aufgehoben oder abgeändert werden.

Deshalb initiierte das Oberste Wahlgericht, dem hauptsächlich ehemalige Mitglieder der Regierungspartei angehören, einen Wahlprozess voll von Unregelmäßigkeiten, in dem der Betrug nur schwer zu kaschieren war. Ein paar Beispiele: Fälschung der Wahllisten, manipulierte Wahlurnen, frisch gedruckte Stimmzettel, ein plötzlich anderes Ergebnis nach Ausfall des Computersystems, vorsätzliche Entfernung von digitalen Spuren auf Servern usw.

Die acht Jahre seit dem Staatsstreich von 2009 in Honduras waren gekennzeichnet durch repressive Regierungen, extreme Gewalt und Straffreiheit, Korruptionsskandale und Wahlbetrug (bei den Präsidentschaftswahlen von 2013). Die Bevölkerung hat in diesem Zeitraum Strategien des zivilen Widerstandes entwickelt und sich als politisches Subjekt neu erfunden. Die Jungen und Mädchen, die ihre Familien im Kampf gegen den Putsch von 2009 begleitet haben, sind heute Produkt dieser politischen Schule und aktive Subjekte mit ihren eigenen Forderungen. Beispiele sind die Bewegungen junger Menschen wie die MEU

(*Movimiento Estudiantil Universitario* – Bewegung der Studenten der Universität). Sie koordiniert seit 2015 die Kämpfe gegen die Privatisierung der öffentlichen Bildung und für die Respektierung des Rechts der Schüler*innen und Studierenden, nationale Bildungsentscheidungen selbst zu treffen. Heute spielen sie eine wichtige Rolle in den Mobilisierungen gegen den Wahlbetrug. Sie haben sich, wie viele andere Bevölkerungsgruppen auch, dem Kampf gegen die oligarchische Macht verschrieben, die alle öffentlichen und privaten Räume einschließlich der Medien durchdrungen hat. Soziale Netzwerke und alternative Medien sind die einzigen Möglichkeiten, um Informationen über diesen Kampf zu verbreiten. „Was derzeit geschieht, ist ein Volksaufstand, ein Aufstand, der weit über die Anweisungen der Funktionäre hinausgeht, gegen die angestaute Rückständigkeit, die Armut, die Unzufriedenheit über so viel Korruption und Zynismus“, sagt die feministische Sängerin und Songwriterin Karla Lara.

Am 15. Dezember 2017 wurde ein landesweiter Streik ausgerufen. An einem einzigen Tag wurden 149 Straßen besetzt. Die Reaktion der Regierung auf diese weitverbreitete Unzufriedenheit war brutal, die Demonstrationen wurden mit scharfer Munition beschossen. Nach den bisherigen Zahlen wurden 30 Menschen bei den Demonstrationen getötet, vier von ihnen waren Jugendliche. Das geht aus dem jüngsten Bericht der COFADEH hervor, dem „Komitee der Angehörigen von Verhafteten und Verschwundenen von Honduras“ (*Comité de Familiares de Detenidos Desaparecidos en Honduras*). 21 Morde gehen auf das Konto der PMOP, einer Eliteeinheit der Militärpolizei, die ausschließlich vom Präsidenten befehligt wird, einer auf das der Nationalen Präventionspolizei PNP. Außerdem sind 40 bei den Demonstrationen Festgenommene noch immer in Haft und müssen als politische Gefangene betrachtet werden.

Um die Repression auszutricksen, sind die Widerstandsmechanismen flexibler geworden, alltäglicher, beweglicher, gemeinschaftlicher und spontaner. Es gibt Makroaktionen, aber auch Mikroaktionen, bei denen jeder frei ist, eigene Kampfstrategien zu entwickeln. Das „Nein zum Betrug“ und die Rückkehr zur partizipativen Demokratie sind dabei der rote Faden. Das alltägliche Leben wird von Aufstandsaktivitäten geprägt, deren millionenfache Vervielfältigung sich in den Einflussphären der Macht auswirken kann. Zum Beispiel der Boykott von 16 Fast-Food-Franchise-Ketten oder der Boykott von zehn Supermärkten, deren Eigentümer zur Wirtschaftselite des Landes gehören; der Aufruf, keine Überweisungen in Banken zu tätigen, die das Regime unterstützen, keine Zeitungen zu kaufen oder Fernsehsender anzuschalten, die die Interessen der Regierung stützen.

Die vielfältigen Widerstände, die wir beobachten können, zeigen eine selbstbewusste Bevölkerung, die sowohl politisch-soziales als auch ökonomisches Subjekt ist und die in der Lage ist, die Steuerungsstrukturen zu erkennen, die den Wohlstand für die Sektoren erzeugen, die den Betrug aufrechterhalten.

Die Repression und die Menschenrechtsverletzungen sollen Schaden anrichten. Sie erzeugen einen Welleneffekt, der vom Persönlichen, dem Opfer, bis zu den Familien und dem Kollektiv reicht. Die psychologische Wirkung, die der Unterdrücker erzielen will, ist das Gefühl der Machtlosigkeit und der Verletzlichkeit und die Erkenntnis, dass die Dinge nicht verändert werden können. Psychosoziale Wunden brauchen zur Heilung viel länger als körperliche Wunden. Und mit dieser Karte spielt der Kontrollapparat des Regimes.

„Die erste Nacht der Ausgangssperre hat uns schwer getroffen. Wieder die Trauer über ermordete Menschen, die wir nicht kennen, aber Teil unserer Hoffnungen sind. Wir legten uns erschrocken, schlaflos und wütend ins Bett. ... Gefangene der Diktatur, man dreht am Rad ... mit dem Gefühl des Todes im Bauch, mit Tränen im Auge und dieser bittere Geschmack im Mund verschwindet nicht. Dies war die erste Nacht der Ausgangssperre, die an den Staatsstreich 2009 erinnert. Dagegen setzen wir unseren Lärm, um diesen bitteren Nachgeschmack wegzublasen, den wir auf diesem Territorium haben, das Honduras genannt wird, wo die Glut der Hoffnung nicht erlöscht, obwohl sie von den Militärstiefeln ausgetreten werden soll.

Wir brauchen ein *Cacerolazo* (kollektives Schlagen auf Töpfe an offenen Türen und Fenstern, um einen ohrenbetäubenden Lärm im ganzen Viertel zu erzeugen, beliebte Aktionsform in Lateinamerika – Die Red.) und einen Heilungsprozess, um uns selbst zu sagen, dass wir diese Zeit des Eingesperrtseins teilen, aber nicht schweigsam, sondern umdenkend, uns vom neoliberalen Übel heilend, uns neu organisierend, um den Kampf zu intensivieren.“

Fragment der Erzählung *Cura de Cacerolas* (Heilung durch Kochtöpfe) von Melissa Cardoza, Schriftstellerin, Feministin und Kämpferin gegen die Diktatur in Honduras.

Es ist der Humor und die Kreativität von „Künstlern“ und „Nicht-Künstlern“, die die Räume für die kollektive Selbstheilung geschaffen haben. Aktionen wie der *Cacerolazo*, der die Bevölkerung dazu brachte, die Ausgangssperre infrage zu stellen und sie zu einer Protest-Straßenfeier zu machen. Oder Konzerte wie *Queda en Toque*, „in Kontakt bleiben“, ein Wortspiel, das im Straßenjargon so viel heißt wie „Wir treffen uns, um Musik zu machen“, angeführt von Künstlerinnen wie Karla Lara und dem feministischen Band „Pura Mujeres“. verspielten, aufständischen und politischen Maßnahmen dienen dazu, die Menschen zusammenzuschließen und Trost im Kollektiv zu suchen. Sie verstärken nicht nur ideologische, sondern auch emotionale Bindungen. Die emotionale Gesundheit des zivilen Widerstands ist eine wichtige Waffe im Kampf gegen die psychosozialen Auswirkungen des Staatsterrorismus.

Die Bekundungen internationaler Solidarität verbreiten sich in den honduranischen Widerstandsnetzwerken, private Nachrichten von Freund*innen aus anderen Regionen oder die Aktionen von Menschenrechtsgruppen in verschiedenen Ländern bekämpfen das Gefühl der Isolation, das die mediale Belagerung produziert. Die Sichtbarmachung dieser Kämpfe ist fundamental. Wir müssen dem repressiven Staat klar machen, dass seine Aktionen einen politischen Preis haben. ■

Was derzeit in Honduras geschieht, ist ein Volksaufstand

wie „Wir treffen uns, um Musik zu machen“, angeführt von Künstlerinnen wie Karla Lara und dem feministischen Band „Pura Mujeres“.



Foto: FUERAJOH



FOTO: MARIANA LEDER KREMER HERNANDEZ

Eine neue Welle des Feminismus

In Argentinien und in ganz Lateinamerika

Die Bewegung #NiUnaMenos („Nicht eine weniger“), die 2015 in Argentinien gegen die Frauenmorde entstanden ist, hat nicht nur am Rio de la Plata ein Bewusstsein für Geschlechterungleichheit auf den unterschiedlichsten Ebenen des Lebens von Frauen geweckt, in den Schulen, den gewerkschaftlichen Organisationen und den Stadtvierteln. Können wir also von der vierten Welle der feministischen Flut sprechen?

VON MARIANA CARBAJAL

In den Oberschulen von Buenos Aires ist der Atem des Feminismus immer stärker zu spüren. Die Forderung nach einer integralen Sexualerziehung ist eine der Parolen der Studierendenbewegung in der argentinischen Hauptstadt. „Ohne Sexualerziehung keine Bewegung *NiUnaMenos*“, rufen die Jugendlichen der Julio-Cortázar-Schule im Stadtviertel Flores immer wieder. Im letzten Jahr entstanden Kommissionen zur Geschlechterfrage in den Schulen und von dort aus haben sie verschiedene Projekte angestoßen, die den Einfluss der Bewegung *NiUnaMenos* ausdrückten. In der Schule Primera Junta in Caballito, einem anderen Stadtviertel von Buenos Aires, forderten die Schüler*innen im Jahr 2017 zum Beispiel, Themen

wie „feministische Kämpfe“ und „alltäglicher Machismo“ zu behandeln. In der Schule Claudia Falcone in Palermo wurde das Projekt *yo digo les* ins Leben gerufen. Es soll dazu anregen, die ausschließlich männliche Form in der Sprache zu hinterfragen, mit der normalerweise Menschen im Plural benannt werden. Weitere Initiativen und Themen, die dort vorangetrieben werden, sind Selbstverteidigungskurse, die Forderung nach Veränderung der Bekleidungsvorschriften beim Schulbesuch, Vorträge zur Abtreibungsfrage, sexueller Missbrauch, Hetzjagden auf der Straße und Männergewalt. Das alles, obwohl die lokale Regierung, neoliberal wie die nationale Macri-Regierung, sich weigert, diese Inhalte offiziell auf die Agenda zu setzen, wie es das Gesetz zur Sexualerziehung von 2006 vorsieht.

Diese Bewegung in den Schulen ist ein deutlicher Ausdruck der Revolution, die die Bewegung *NiUnaMenos* seit dem 3. Juni 2015 ins Leben gerufen hat, als eine riesige Demonstration in der argentinischen Hauptstadt ein Echo in mehr als 100 Städten des Landes fand.

Andrea Herrera hat schwarzgefärbte glatte, lange Haare und dunkle Augen: „Ich habe mich von meinem Mann getrennt, weil ich in der Gewerkschaft aktiv geworden bin“, erzählt sie, als würde sie eine Grundsatzerklärung abgeben. Ihr Ex-Mann wollte nicht, dass sie sich in der „Männerwelt“ Gewerkschaft bewegt und dort in Kämpfen aktiv wird. „Ich bin völlig zufrieden mit

dem Weg, den ich eingeschlagen habe, und meine Kinder unterstützen mich dabei“, sagt Andrea, deren Töchter 14 und 23 Jahre alt sind. Sie hat einen Uniabschluss in Unternehmensführung und arbeitet seit fast zwei Jahrzehnten bei der Firma Mastellone, dem größten Milchunternehmen des Landes. Vor zweieinhalb Jahren begann sie mit ihrer Gewerkschaftsarbeit und seit Januar 2017 ist sie die erste weibliche Delegierte in der Gewerkschaft der Milcharbeiter*innen Argentiniens (*Asociación de Trabajadorxs Lecherxs de la República Argentina* – ATILRA). Andrea war auch beim ersten Internationalen Frauenstreik aktiv, der in Argentinien vom Kollektiv *NiUnaMenos* mitorganisiert wurde.

Frauen aus vielen Gewerkschaften fanden sich mit den unausgesprochenen Kräfteverhältnissen ab. „Wir wissen, dass wir die Variable in der neoliberalen Sparpolitik sind. Wir bekommen weniger Lohn als die Männer und machen die prekärsten Arbeiten. Wir fordern gleiche Möglichkeiten“, erzählt Andrea Herrera. Während der kurzen Zeit, in der sie bisher gewerkschaftlich aktiv ist, konnte sie bereits einiges für die Frauen in der Milchfabrik General Rodríguez 60 km von Buenos Aires durchsetzen. Dort sind von den 3000 Beschäftigten kaum fünf Prozent Frauen. Sie verrichten die niedrigsten Arbeiten. „Wir hatten weder eigene Toiletten noch eigene Umkleieräume. Im November 2016 haben wir sie endlich durchsetzen können. Wir haben Unterschriften gesammelt und auch einen Raum zum Stillen bekommen“, zählt Herrera auf.

N*iUnaMenos* ist mehr als eine Parole, mehr als ein Foto und mehr als ein Frauenkollektiv, das davon träumt, die Welt zu verändern. Es ist eine Bewegung, die Köpfe öffnet. Auch in den Armenvierteln gibt es Hinweise auf diesen Aufruhr. In Villa Fiorito, im Süden des Großraums Buenos Aires, nimmt eine Gruppe von Frauen an einem Kunst- und Aktivismus-Workshop teil. Sie waren bei der letzten Demonstration am 25. November in der Hauptstadt, am Tag der Abschaffung der Gewalt gegen Frauen. Sie liefen stolz mit ihren T-Shirts, auf die sie selber feministische Parolen geschrieben hatten. Claudia Giménez, eine 47-Jährige mit 14 Kindern, trägt zum Beispiel ein großes rotes Herz und die Parole: „Aus Liebe musst du nichts tun, was du nicht willst.“ „Dieser Workshop hat mein Leben verändert“, sagt sie. „Ich habe mich immer minderwertig gefühlt, mein Mann hat mich immer gezwungen, das zu tun, was er wollte. Aber heute weiß ich, dass es nicht so sein muss.“ „Uns bewegt das Begehren“ steht auf anderen T-Shirts ihrer *compañeras*. Seit Mitte 2015 breitet sich die feministische Explosion in Stadtviertel, Schulen, Universitäten und Gewerkschaften aus. Und das geschieht nicht nur in Argentinien. „Millionen von Frauen setzen sich mit ihrer Subjektivität in Bewegung“, analysiert die Soziologin Dora Barrancos.

Wird diese Veränderung Teil der vierten feministischen Welle sein? Die massiven Frauenmobilisierungen gegen Männergewalt haben sich in den letzten Jahren in Lateinamerika gegenseitig verstärkt. Und es handelt sich nicht um eine isolierte Erscheinung. „Unser Territorium wird von einem enormen Ungehorsam erfasst, seitdem wir vor zweieinhalb Jahren die Parole *NiUnaMenos* auf die Straße getragen haben. Diese Bewegung wird von immer mehr rebellischen Körpern und Willen befeuert, vor allem unter den Jüngeren. Diese Rebellion hat sich wie eine Flut auf verschiedene Regionen ausgebreitet, vor allem in Lateinamerika und der Karibik“, sagt die Autorin María Pía López, eine der Mitbegründerinnen des Kollektivs *NiUnaMenos*.

Schon jetzt wird am nächsten internationalen Frauenstreiktag geschmiedet. Wie schon im Jahr 2017 wird die Erde wieder in mehr

als 50 Ländern beben. Am 8. März wird die Welt durch einen neuen Internationalen Frauenstreik erzittern. Der Streik soll vor allem die Ungleichheit und ihre Folgen zum Thema machen, die Frauen in ihrem Alltag erleben müssen: die Männergewalt und den Frauenmord als ihr extremster Ausdruck; das Sterben bei Abtreibungen, die in Lateinamerika kriminalisiert werden; die nicht bezahlte Hausarbeit, die vor allem von Frauen geleistet werden muss; die Frauenlöhne, die in Argentinien durchschnittlich 27 Prozent unter den Männerlöhnen liegen; die prekarierten Jobs, die Frauen eher treffen genauso wie die Arbeitslosigkeit.

„Der Streik richtet sich gegen das Patriarchat und den Kapitalismus, die uns ausbeuten. Wir sehen, wie sich Kraft und Widerstand der Frauen entwickeln. Es geht um einen Prozess des Bewusstseins. Hoffentlich können wir diese neue Gesellschaft erschaffen, nach der wir Frauen uns so sehr sehnen“, sagt Alicia Amarilla Leiva. Die Campesina ist 36 und lebt mit ihrem zehnjährigen Sohn alleine. Seit 13 Monaten ist sie Mitglied in der landesweiten Koordination der Landarbeiterinnen und indigenen Frauen in Paraguay (*Conamuri – Coordinadora Nacional de Mujeres Trabajadoras Rurales e Indígenas*). Diese Frauen benutzen das Gewerkschaftsinstrument Streik, denn ihre Forderungen sollen schnell durchgesetzt werden, wie sie sagen.

Aber trotz der feministischen Rebellion auf der Straße hört die Männergewalt nicht auf. In Argentinien gab es in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres 245 Frauenmorde. Diese Zahl beruht auf den Informationen, die der Verein *La Casa del Encuentro* (Haus der Begegnung) aus den Medien zusammenträgt. Alle 29 Stunden wird eine Frau umgebracht, weil sie Frau ist. Bei der ersten Demo von *NiUnaMenos* lag diese Zahl bei 30. Und es liegt mehr Wut in diesen Morden. Die Frauen werden nicht nur getötet, sondern ihre Körper werden zusätzlich zerstört und wie Müll weggeworfen. Oder sie werden lebendig verbrannt, wie Hexen.

Trotz allem wird gewalttätiges Verhalten von Männern inzwischen weniger toleriert. Es gibt mehr Strafanzeigen. Feministische Stimmen werden stärker und stellen sich der Gewalt entgegen. Das Thema ist inzwischen in den Medien verankert, aber Frauen werden weiterhin wie Gegenstände behandelt, die Opfer der Frauenmorde werden weiterhin stigmatisiert und vor allem den jungen Frauen wird weiterhin die Schuld gegeben, weil sie tiefausgeschnittene Kleider tragen, weil sie abends ausgehen, weil sie alleine ausgehen, weil sie gegen die traditionellen Rollen rebellieren.

„Wir können nicht *NiUnaMenos* sagen und gleichzeitig viele Stimmen weglassen, die Stimmen der Trans- und Travestiefrauen, der Indígenas, der Schwarzen, der Lesben, der Migrantinnen. Wir sollten die Grausamkeiten und die Gewalt sichtbar machen, die schwarze Frauen, Indígenas und Transfrauen täglich erleben, eine Gewalt, die nicht für alle Frauen gleich ist. Denn für diejenigen, deren Körper nicht dem vorherrschenden Bild entsprechen, ist die Bedrohung umso stärker, je stärker die Unsichtbarkeit ihrer abweichenden Lebensweisen ist. Damit wird der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildungswesen und Justiz bis zum bloßen Bewegen im öffentlichen Raum bereits zum Risiko“, steht in einer der letzten Veröffentlichungen der Bewegung *NiUnaMenos* aus dem Jahr 2017.

Das Aufblühen eines Feminismus, der unter „einfachen“ und immer jüngeren Frauen Fahrt aufnimmt, sich vom akademischen Terrain entfernt und dem täglichen Leben tausender Frauen annähert, ist eine immer deutlichere Realität. Das können wir sehen und fühlen. Unsere Herausforderung besteht darin, diesen Feminismus weiter zu verbreiten. ■

Die alltägliche Barbarei

Breites Bündnis fordert Abschaffung des brasilianischen Gefängnisystems

Brasilien ist aktuell das Land mit den drittmeisten Strafgefangenen weltweit. Die Masseninhaftierung betrifft aber nicht alle sozialen Gruppen gleichermaßen, sondern, laut Regierungsangaben, hauptsächlich schwarze, einkommensschwache Jugendliche mit niedrigem Bildungsgrad. Brasilien hat so gut wie alle internationalen Verträge zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet und die Bundesverfassung schreibt viele Garantien vor. Trotzdem sind die Gefängnisse mit einer durchschnittlichen Belegung von 200 Prozent Brutstätte für Mord, Folter und Demütigung in kaum vorstellbarem Maß, wie der folgende Beitrag der katholischen Nationalen Gefängnisseelsorge (*Pastoral Carcerária Nacional*) zeigt.

Laut Daten der Nationalen Strafvollzugsbehörde (DEPEN) stieg die Zahl der Inhaftierten in Brasilien von 90 000 im Jahr 1990 auf 700 000 im Jahr 2016 rasant an.¹ Nur in den USA und China sind noch mehr Menschen in den Gefängnissen.

Ein Grund für diesen Anstieg ist der Umstand, dass in den Gefängnissen viele Häftlinge einsitzen, die nicht verurteilt sind. Das betrifft 40 Prozent aller Inhaftierten. 26 Prozent aller männlichen und 62 Prozent aller weiblichen Insassen sind aufgrund des aktuellen „Kriegs gegen Drogenhandel“ im Gefängnis. Auch die kommerzielle Nutzung des Strafvollzugssystems aufgrund der starken Lobbyarbeit wirtschaftlicher Verbände für höhere Strafen und die militarisierten Aktionen der Polizeibehörden tragen zu dem Anstieg der Zahl der Häftlinge bei.

Die Masseninhaftierung wiederum betrifft nicht alle sozialen Gruppen in Brasilien einheitlich, sondern zielt speziell auf jene ab, die durch den nationalen „zivilisatorischen Prozess“ marginalisiert wurden. Das führt zu einer Gefängnispopulation, die laut Regierung überwiegend aus schwarzen, einkommensschwachen Jugendlichen mit niedrigem Bildungsgrad besteht.

Die Selektion findet auf unterschiedlichen Ebenen statt. Einerseits diskriminieren die Polizeibehörden durch ihre Handlungen verarmte Gemeinschaften und zielen auf die Profilierung Krimineller ab. Andererseits entscheidet ein strukturell rassistisches und klassenbasiertes Justizsystem über das Recht dieser ausgeschlossenen Subjekte nach eigenen Vorurteilen und Privilegien.

In der Tat lässt sich diese Realität anhand einer Studie der Pflichtverteidiger (*Defensoria Pública*) von Rio de Janeiro beobachten, die darauf hinweist, dass eine weiße Person, die bei einer

Kriminaltat erwischt wird, mit weitaus größerer Wahrscheinlichkeit einer Haftstrafe entkommt als eine schwarze.

Darüber hinaus ist die effektive Ausübung des Verteidigungsrechts im Land ungleich zwischen den sozialen Schichten. Angeklagte ohne eigene Mittel sind auf den kostenlosen Dienst der Rechtshilfe angewiesen, die die Interessen der Angeklagten deutlich weniger effektiv verteidigt, als private Anwälte. Dazu kommt, dass die kostenlose Rechtshilfe in den meisten Gegenden des Landes nicht einmal vorhanden ist.

Die Zahlen bestätigen diese skandalöse Situation. 64 Prozent der Gefangenen sind Schwarze, während diese nur 53 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen. Demgegenüber sind im Justizsystem 98 Prozent der Staatsanwältinnen und -anwälte weiß und verdienen fast 23 Mal so viel wie der brasilianische Durchschnitt. Mit diesem Einkommen übertreffen sie sogar ihre Kolleginnen und Kollegen in Ländern wie den USA und Großbritannien.²

Es lohnt sich auch, einen Blick auf die Zahl der inhaftierten Frauen zu werfen, die in nur 15 Jahren um 567 Prozent (!) gestiegen ist. Das betrifft vor allem arme schwarze Frauen mit niedrigem Bildungsstand, die meistens Mütter und für den Unterhalt des Hauses zuständig sind. Das erweist sich als eines der perverssten Gesichter der Kriminalisierung von Armut und der Zerstörung peripherer Familien.

Obwohl Brasilien so gut wie alle internationalen Verträge zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet hat und trotz zahlreicher Garantien in der Bundesverfassung und der vermeintlich humanistischen Gesetzgebung, die den Strafprozess und die Einhaltung der Urteile regelt, sind die Gefängnisse maßlos überfüllt. Mit einer durchschnittlichen Belegung von 200 Prozent sind sie Brutstätte für Mord, Folter und Demütigung. Nur etwa zehn Prozent der Gefangenen hat Zugang zu Bildung und 16 Prozent zu Arbeit.

Das erklärt die tragischen Bilder enthaupteter und zerstückelter Gefangener, die Anfang 2017 die ganze Welt schockierten. Eine Serie von Massakern fand in den Gefängnissen in Amazonas, Roraima und Rio Grande do Norte statt, bei denen 130 Menschen ums Leben kamen. Anfang dieses Jahres gab es bereits mehrere Todesopfer in Goiás und Ceará.

Diese Missbräuche und Rechtsverstöße werden ausführlich in verschiedenen Berichten von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen dokumentiert. Insbesondere die Mitteilungen des UN-Sonderberichterstatters über Folter, Juan Méndez, der das Land im August 2015 besuchte, des Unterausschusses zur Verhütung von Folter, der im Oktober 2015 in Brasilien war, und des Nationalen Mechanismus zur Verhütung und Bekämpfung von Folter haben für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Laut einem Bericht der Gefängnisseelsorge (*Pastoral Carcerária*) ist Folter in brasilianischen Gefängnissen Teil der Hafterfahrung und Verwaltungsinstrument geworden und ma-

1) http://depen.gov.br/DEPEN/noticias-1/noticias/infopen-levantamento-nacional-de-informacoes-penitenciarias-2016/relatorio_2016_22111.pdf

2) <http://economia.estadao.com.br/noticias/geral,salarios-de-juizes-no-brasil-superam-os-dos-estados-unidos-e-da-inglaterra,1000070901>

nifestiert sich in diffuser Weise durch eine Reihe gewalttätiger Routinen und struktureller Unsicherheiten.

Dazu kommt die Überfüllung der Zellen, das Fehlen einer medizinischen Grundversorgung, unzureichende Ernährung, Isolationshaft, Bedrohungen durch Wachpersonal und andere Gefangene, Aggressionen und invasive Intimuntersuchungen. In diesem Zusammenhang glaubt die Gefängnisseelsorge, die als sozial engagierte katholische Organisation mit 6000 Freiwilligen Gefangene im ganzen Land betreut, dass diese katastrophale Situation durch den Staat selbst hervorgerufen wurde und nur durch extensiven sozialen Druck umgekehrt werden kann.

Aus diesem Grund hat sich die Gefängnisseelsorge zusammen mit anderen NRO, Akademiker*innen und Vereinigungen von Angehörigen der Gefangenen aktiv an der Ausarbeitung des Dokuments „Nationale Agenda des *Desencarceramento*“ (Abschaffung des Gefängnisystems) beteiligt. Kurz zusammengefasst, befürwortet dieses Dokument die Festlegung von Zielvorgaben zur Verringerung der Zahl der Häftlinge durch die Umsetzung zahlreicher öffentlicher Maßnahmen und Gesetzesreformen, die auf zehn Achsen basiert:

1. Aussetzung von Mitteln für den Bau neuer Gefängniseinheiten;
2. Forderung nach massiver Reduzierung der Gefängnispopulation und der Gewalt durch das Gefängnis;
3. Gesetzesänderung bezüglich der Höchstgrenze der Anwendung präventiver Verhaftungen;
4. Entkriminalisierung des Drogenkonsums und -handels;
5. Maximale Verschlankung des Strafvollzugs;
6. Wiederaufnahme der Gemeinschaftsautonomie für die gewaltfreie Lösung von Konflikten;
7. Ausweitung der im LEP (*Lei de Execução Penal* – Strafvollzugsgesetz) enthaltenen Schutzbedingungen. Ebenso im Rahmen des LEP: Öffnung der Gefängnisse und Schaffung öffentlicher Kontrollmechanismen;
8. Verbot der Privatisierung des Gefängnisystems;
9. Verhütung und Bekämpfung von Folter;
10. Entmilitarisierung von Polizei und Gesellschaft.

Das Dokument wurde erstmals im Jahr 2013 während eines Treffens mit der damaligen Präsidentin Dilma Rousseff vorgestellt und war bereits Gegenstand zweier nationaler Konferenzen, die von der Zivilgesellschaft organisiert wurden. Es wird von 43 Organisationen getragen, die verschiedene Aktivitäten zur Ausbildung, politischen Mobilisierung und Kommunikation im Rahmen ihrer Angebote durchführen. Dabei wird die enge Verknüpfung von Masseninhaftierung und dem aktuellen Wirtschaftssystem verdeutlicht:

„Unter einer sozioökonomischen Logik, die alles und jede*n in Waren verwandelt, die auf die unbegrenzte Zirkulation marktfähiger Produkte abzielt, die die exorbitanten finanziellen Profite einiger Weniger aus der politischen und wirtschaftlichen Elite maximiert, kurz gesagt, innerhalb der neoliberalen Maschinerie, die notwendigerweise wachsendes Elend fördert, ist es der Straf- und Polizeistaat, der dem Leben der peripheren Bevölkerungen auferlegt wird.

Die Kriminalisierung der Armen ist ein strategisches und politisches Instrument zur Aufrechterhaltung der ungerechten Ordnung, in der wir leben.

Es ist dringend notwendig, die Türen des Rechtssystems und somit die ‚offenen Adern‘ des brasilianischen Strafvollzugssystems mit der Ergreifung wirksamer Maßnahmen für die Abschaffung des Gefängnisystems (*desencarceramento*) zu schließen. Außerdem müssen die Gefängnisse für die öffentliche Kontrolle zugänglich gemacht werden, um der strukturellen Gewalt während der Gefangenschaft zu begegnen.

Der bisherige Weg hat unmissverständlich den Trugschluss der Reform- und Humanisierungsdiskurse gezeigt, die in den letzten Jahrzehnten nur dazu dienten, die Barbarei zu rechtfertigen. Entweder wir brechen mit diesem reformistischen Paradigma und versuchen die Anzahl der Inhaftierten zu reduzieren und den brasilianischen Strafapparat, der in seiner Essenz selektiv und brutal ist, abzubauen oder wir sind als Gesellschaft dazu verdammt, dieses tägliche Massaker in unseren Gefängnissen wieder und wieder mitzuerleben.“ ■

Nationale Gefängnisseelsorge

Die Nationale Gefängnisseelsorge betreut seit den 1960ern Gefangene, hat sich aber erst 1988 national organisiert. Um das Ende der Gefängnisse zu verteidigen und die Menschenrechte zu schützen, besuchen die Seelsorger ständig Gefängnisse. Sie verurteilen die Verletzungen von Menschen, die durch das Gefängnis ihrer Freiheit und Menschlichkeit beraubt wurden.



FOTO: PASTORAL CARCERARIA NACIONAL

Die langen Schatten der bleiernen Zeit

Der Kampf der Familie Teles in Brasilien

Am 16. April 2016 stimmte das brasilianische Abgeordnetenhaus über das Amtsenthebungsverfahren gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff ab. Der Abgeordnete Jair Bolsonaro votierte für die Amtsenthebung – und widmete seine Stimme dem Coronel Carlos Alberto Brilhante Ustra. Ustra war in den Zeiten der Militärdiktatur der Folterer Dilmás.

VON THOMAS FATHEUER

Als ich das sah, war es für mich klar, dass es hier um einen Putsch geht“, sagt mit bewegter Stimme Amelinha Teles. Für sie ist die Szene unerträglich, Ustra war auch ihr Folterer: „Meine Kinder wurden entführt, in das Folterzentrum der Operation *Bandeirantes* gefahren und in den Folterraum gebracht. Der Coronel Carlos Alberto Brilhante Ustra nahm meine beiden Kinder – Edson damals fünf und Janaina vier Jahre alt – an die Hand und führte sie in den Raum, in dem ich war. Ich hatte verschiedene Formen von Gewalt erlitten, auch sexuelle Gewalt. Und meine Kinder sahen mich so, mit Urin und Kot beschmutzt. Schließlich kam mein Sohn zu mir, und fragte: 'Mama, warum bist du blau und Papa grün?' Ihr Vater wachte gerade aus dem Koma auf und ich war total blau angelaufen. Da wurde mir erst bewusst, wie viele Hämatome ich am Körper hatte.“

Als Bolsonaro seine Stimme Ustra widmete, wurde deutlich, dass alte Kämpfe noch lange nicht beendet sind. Denn Bolsonaro ist nicht irgendein verrückter Abgeordneter. Er gilt inzwischen als ernsthafter Kandidat für das Amt des Präsidenten. Gewählt wird im Oktober 2018, und zu Beginn des Jahres liegt Bolsonaro in allen Umfragen hinter Ex-Präsident Lula da Silva auf dem zweiten Platz. Etwa 18 Prozent der Brasilianer*innen wollen Bolsonaro ihre Stimme geben. In allen Umfragen erscheint Bolsonaro weit vor anderen Kandidaten des Mitte-Rechts-Spektrums. Wie auch immer man das Phänomen Bolsonaro einschätzen mag – er markiert die wachsende Bedeutung einer aggressiven und extremen Rechten in der brasilianischen Politik. Mit dem Aufstieg Bolsonaros zu einem wichtigen Faktor in der politischen Landschaft gewinnt der Kampf um Bewertung der Vergangenheit, um das Gedächtnis, neue Aktualität – und damit auch der jahrzehntelange Einsatz der Familie Teles.

Die Familie Teles, das sind Amelinha und César Teles und ihre Kinder Edson und Janaína sowie Criméia de Almeida, die Schwester von Amelinha. Ihre Leben sind geprägt von dem Widerstand gegen die Militärdiktatur in Brasilien. Als Mitglieder der PCdoB, der maoistisch orientierten Kommunistischen Partei von Brasilien, arbeiteten sie damals im Untergrund. Criméia kämpfte in der Guerilla von Araguaia und überlebte nur, weil sie aufgrund einer Schwangerschaft aus dem Kampfgebiet abgezogen wurde.

1972 werden Amelinha und César im Rahmen der Operation *Bandeirantes* verhaftet und auch ihre Kinder, die fünfjährige Janaína und der vierjährige Edson, kommen ins Gefängnis.

„Der Coronel Carlos Alberto Brilhante Ustra war der erste, der mir ins Gesicht schlug, so heftig, dass ich auf den Boden fiel. Er folterte mich persönlich. Er war es, der befahl, in mein Haus einzudringen und alle, die da waren, zu holen. Also wurden meine Kinder und meine Schwester verhaftet. Zehn Tage lang mussten meine Kinder zusehen, wie ich gefoltert wurde, sie sahen mich mit Hämatomen, mit deformiertem Gesicht in der Zelle. Und zu mir sagten sie, dass auch meine Kinder gefoltert würden. ‚Deine Janaína liegt schon im Sarg‘, und auch ich würde sterben, sagten sie mir. Die ganze Zeit der Schrecken. Es war die Hölle.“

Auch Carlos Nicolau Danielli, der Lebensgefährte von Amelinhas Schwester Criméia, wird verhaftet. Danielli überlebt die Folter nicht.

Nach ihrer Freilassung setzen Amelinha, César und Criméia ihre politischen Aktivitäten fort. Sie trennen sich von der PCdoB und engagieren sich in der Bewegung der Opfer der Militärdiktatur. Der Kampf um das Andenken an die Gefolterten und Ermordeten ist für die Familie Teles immer auch ein Kampf um die Interpretation der Geschichte. Denn für sie ist das Erbe der Militärdiktatur bis heute wirksam. Hartnäckig hält sich das Narrativ, die brasilianische Militärdiktatur sei, im Gegensatz zu den brutalen Regimen in Chile und Argentinien, eine gemäßigte Diktatur gewesen und Mord und Folter nur isolierte Exzesse von Teilen der Repressionsorgane. Das sehen die Angehörigen anders. Und die unzureichende Aufarbeitung der Diktatur hat Konsequenzen, die bis heute reichen.

„Seit dem Ende der Militärregierungen geht es in Brasilien darum, die Demokratie wiederherzustellen“, stellt Janaína Teles fest. „Nicht zufällig bezeichnen seitdem die Angehörigen der Toten und Verschwundenen die institutionalisierte Folter als das schlimmste Erbe der Diktatur.“

Tatsächlich hat sich Brasilien mit der Aufarbeitung seiner Vergangenheit schwer getan. Erst sehr spät wurde eine Wahrheitskommission eingerichtet. „Es gab mehr Entschädigungen als Erinnern“ konstatiert Janaína. Mit ihrem Insistieren auf der politischen Bedeutung der Erinnerung, der *memória*, lagen die Familie Teles und andere Angehörige quer zu dem politischen Mainstream. Auch für weite Teile der Linken war das 1979 verabschiedete Amnestiegesetz ein Schlussstrichgesetz, das sowohl die Verbrechen der Militärs als auch die Aktionen der bewaffneten Opposition vor Strafverfolgung schützte. Als daher trotz Amnestiegesetz die Familie Teles gegen ihren Folterer vor Gericht zog, hat dies auch im linken Lager nicht nur für Zustimmung gesorgt.

Dass die Klage gegen Ustra überhaupt zugelassen wurde, war bereits ein großer Erfolg und seine Verurteilung wegen Folter im Jahre 2012 eine politische Sensation und eine späte Genugtuung für die Familie Teles. Sie bekam Recht mit ihrer Argumentation, dass Folter ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und daher weder durch

Thomas Fatheuer lebte und arbeitete von 1992 bis 2010 in Brasilien. Zuletzt leitete er das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. Seit 2010 lebt er als Autor und Berater in Berlin. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zu Brasilien veröffentlicht.

Amnestie noch durch Verjährung von juristischer Verfolgung ausgeschlossen ist. Dabei war es kein Strafprozess, sondern es handelt sich um eine zivilrechtliche Feststellungsklage. Nicht Bestrafung oder Verurteilung zu zivilrechtlicher Entschädigung etwa war das Ziel des Prozesses, sondern nur die juristische Klärung der Frage, ob die Familie Teles den Folterer Ustra einen Folterer nennen darf. Das Gericht befand: Der Folterer Ustra darf Folterer genannt werden. Die Verurteilung Ustras war ein wichtiger erinnerungspolitischer Einschnitt und machte die Familie Teles in rechten Kreisen zum Hassobjekt. Drohungen und Hassmails gehören nun zum Leben der Familie.

Aber das Insistieren der Familie Teles, ihre Unbeirrbarkeit und Ausdauer hat sicherlich einen wichtigen Beitrag zur Einrichtung der Wahrheitskommission geleistet, mit der die Aufarbeitung der Vergangenheit zu einem offiziellen Anliegen der Politik wurde. Auch dafür, die Geschichte der Guerilla de Araguaia aufzuarbeiten, die in den 1970er-Jahren militärisch geschlagen und deren Mitglieder umgebracht wurden und „verschwanden“, hat sich die Familie und insbesondere Criméia seitdem engagiert.

Als Ende der siebziger Jahre eine offene politische Betätigung wieder möglich wurde, engagieren sich Amelinha und Criméia in der aufkeimenden feministischen Bewegung Brasiliens. 1979 gründen sie mit anderen Frauen die *União de Mulheres de São Paulo*, die rasch zu einer wichtigen feministischen Gruppe in Brasilien wird und bis heute eine basisorientierte Bildungs- und Organisationsarbeit mit und für Frauen in vielen Stadtteilen São Paulos leistet. Eine autonome Organisation von Frauen war damals alles andere als selbstverständlich. Trotz aller Schwierigkeiten realisieren die Frauen im selben Jahr den ersten Frauenkongress im Staat São Paulo mit 900 Teilnehmerinnen. „Dies war ein Meilenstein in der Geschichte des Kampfes der Frauen in Brasilien“, konstatiert Amelinha. Wie umstritten eine unabhängige Frauenbewegung in Brasilien damals war, sollte sich 1981 auf dem 3. Frauenkongress zeigen. Die Frauen einer damals einflussreichen Widerstandsorganisation gegen das Militärregime, die MR8, wandte sich öffentlich gegen die Teilnahme von lesbischen Frauen an dem Kongress. „Die lesbische Frau leugnet ihr Frausein, sie kann nicht Teil der Frauenbewegung sein“, erklärte eine Anführerin der MR8.

Mit ihrer Ablösung von der PCdoB und dem feministischen Engagement wird die Familie Teles zu einem wichtigen Teil einer sich neu konstituierenden Linken, die mit einer dogmatischen Vergangenheit bricht und nach neuen Wegen sucht.

Die Räume der *União de Mulheres* in der winzigen Straße mit den bombastischen Namen *Coração da Europa* (Herz Europas) im Stadtteil Bela Vista werden in den achtziger Jahren zu einem Treffpunkt von Feministinnen, Widerstandskämpfer*innen und jungen Linken. Auch die Kinder von César und Amelinha engagieren sich im Kampf um das Andenken an die Militärdiktatur.

Edson Teles ist heute Professor für Philosophie in São Paulo und schreibt über die Kontinuität der Repression in Brasilien (zum Beispiel hier: <https://blogdaboitempo.com.br/category/colunas/edson-teles/>). Janaína de Almeida Teles hat 2017 ihre Doktorarbeit über Repression und Widerstand in der Militärdiktatur abgeschlossen und gilt heute als eine der wichtigsten Historikerinnen, die über die Diktatur forschen.

Die Gegenwart Brasiliens ist kompliziert. 2016 wurde die gewählte Präsidentin durch ein äußerst zweifelhaftes Amtsenthebungsverfahren gestürzt. Für die Familie Teles steht außer Zweifel, dass



Amelia Teles, links neben ihr der einst gefolterte VW-Mitarbeiter Lucio Bellentani

Foto: ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SÃO PAULO

dies ein Putsch, ein *golpe*, war. Im Oktober 2018 wird gewählt und bis heute ist unklar, ob Ex-Präsident Lula da Silva, der alle Umfragen haushoch anführt, zu den Wahlen antreten kann oder aufgrund einer Verurteilung durch die Justiz daran gehindert wird. Die Familie Teles gehörte immer zu den (linken) Kritiker*innen der Regierung Lula. Nun aber sieht sie in einem Ausschluss Lulas von den Wahlen einen Angriff auf die Demokratie. Bolsonaro hatte sich bei der Abstimmung über das Impeachmentverfahren auch auf den Militärputsch von 1964 bezogen. „Damals haben wir den Kommunismus besiegt, und heute besiegen wir ihn wieder“, erklärte er.

Der Aufstieg Bolsonaros zu einem ernsthaften Präsidentschaftskandidaten rückt den Kampf um das Gedächtnis, um die *memória*, wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Für Janaína Teles ist die Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Akzeptanz der Schlussstrich-Ideologie ein schwerer Fehler von Teilen der Linken gewesen. Der Aufstieg Bolsonaros macht nun deutlich, wie aktuell die Vergangenheit für die gegenwärtigen Kämpfe in Brasilien ist – eine schmerzvolle Bestätigung des Engagements der Familie Teles.

Amelinha und Janaína Teles sind des öfteren auch in Deutschland aufgetreten und haben auch hier viele Freundschaften geschlossen. César Teles ist am 28. Dezember 2015 verstorben. Amelinhas „Kurze Geschichte des Feminismus in Brasilien“ ist 1994 in deutscher Übersetzung veröffentlicht worden (Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg)¹ ■

1) In dem von Gaby Küppers aus der ila-Redaktion herausgegebenen Buch „Feministamente. Frauenbewegungen in Lateinamerika“ (Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1995) findet sich ein längeres Interview mit Amelia Teles über ihr feministisches Engagement.

Was von unten geboren wird

Menschen, die auf der Straße leben, organisieren sich in São Paulo autonom



Instandsetzung der sanitären Einrichtung

Foto: CARLOS HENRIQUE FERREIRA

In Zeiten von Staatsstreichen, gelenkten Wahlen und einer immer stärker monopolisierten Wirtschafts- und Meinungsmacht verlieren immer mehr Menschen den Glauben an von oben gelenkte Veränderungs- und Reformprozesse. Catso, ein Kollektiv von Obdachlosen und ihren Unterstützer*innen in São Paulo, ist sich sicher, dass nichts, was von oben kommt oder vertikalen Logiken folgt, funktioniert. Eine Revolution sei nur von unten nach oben möglich, von außen nach innen.

VON CARÓU OLIVEIRA UND CATSO

Im Jahr 2012 schuf die Stadt São Paulo unter einigen Viadukten Räume, die man *convivência*, also „Zusammenleben“, nannte. Dort konnte man Hilfe bekommen, sich duschen, fernsehen oder an Handarbeitsworkshops teilnehmen. Die Geschichte eines dieser Räume in einem Stadtteil namens Mooca unterscheidet sich von den anderen. Dort trafen die Benutzer*innen nicht auf Sozialarbeiter*innen, die nur ihre Aufgaben erfüllten oder auf unpersönliche Kontroll- und Disziplinmaßnahmen des Staates. Stattdessen begegnete man ihnen mit dem gleichen Respekt, den das Team unter sich pflegt, und die Aufgaben, wie Kochen und Toilettenputzen, wurden abwechselnd und unabhängig von der Position ausgeführt.

Wer dort regelmäßig auftauchte, wurde eingeladen, an der „Verwaltung“ des Raumes teilzunehmen, sich um die Einrichtung

zu kümmern und auf ein gutes Zusammenleben zu achten. Drei Jahre später, unter einem anderen Bürgermeister, beschloss die Stadtverwaltung, die Einrichtung zu schließen, das Personal zu entlassen und die Leute loszuwerden, die diesen Platz in einem Viertel einnahmen, das sich selbst im Prozess der „Revitalisierung“ befand. Zu diesem Zeitpunkt beschlossen die Sozialarbeiter*innen und die Gemeinschaft, den Raum zu besetzen. Der Ort des Widerstands in Tia Estela, bekannt als *Okupa Alcântara Machado*, wurde geboren. Allerdings nicht ohne Vorgeschichte.

Obwohl wir in São Paulo aufgrund staatlicher Gewalt und starker Immobilienspekulationen ohnehin wenige Wohnungsbesetzungen haben, weist das Tia-Estela-Gebiet viele Besonderheiten auf. Die erste davon ist, dass man dort für das Recht kämpft, auf der Straße zu wohnen. Es handelt sich nicht um einen verlassenen Wohnblock oder ein ungenutztes öffentliches Gebäude, sondern um einen wahrhaftig öffentlichen Raum, ein Viadukt, einen Teil des Gemeinschaftsraums der Stadt. So einfach und bescheiden, und gleichzeitig so ungewöhnlich: Es geht um das Recht zu existieren, und zwar – aus verschiedenen Gründen – außerhalb der Normen des Staates.

Wer auf der Straße lebt, wird stigmatisiert, infantilisiert. Öffentliche Maßnahmen der Sozialfürsorge, aber auch private Initiativen denken zu keiner Zeit darüber nach, dass sie diese Menschen bevormunden und dass diese das Recht auf Autonomie haben. Der Staat sieht eine „Erlösung“ (Name des aktuellen Staatsprogramms der „Resozialisierung“) durch Arbeit und Religiosität. Die Freiheit, die die Selbstorganisation in der Tia-Estela-Besetzung bietet, hat damit nichts am Hut. Die Betroffenen entscheiden selber über die

Schritte, die sie als nächstes machen wollen. Die Menschen haben sich nicht nach den Bedürfnissen der Stadt zu richten, sondern die Stadt muss sich den Bedürfnissen der Menschen anpassen. In einer Dschungelstadt wie São Paulo ist jeder Tag für diese Menschen und all die anderen Armen, die in den Außenbezirken oder anderen Besetzungen leben, ein Tag des Widerstands. Außerhalb des (schlecht) regulierten Arbeitsmarktes zu existieren, außerhalb des Konsumismus, ohne Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen und in vielen Fällen „unproduktiv“ zu sein, ist eine Existenz, die den Kapitalismus und den Status Quo des Lebens in großen Städten herausfordert. Jeder Tag im Leben dieser Menschen ist ein Tag des Aktivistenkampfes. Leben heißt kämpfen, denn erst dadurch wird das Leben möglich.

Mit der Zeit bezeichnen sich immer mehr Menschen, die den Raum besuchen und mitgestalten, als autonom, anarchistisch oder gegen das System. Nicht durch die Notwendigkeit, sich in etwas einzufügen, sondern durch die praktische Affinität zu politischen Ideologien, die wir häufig nur in der Theorie sehen. Auf die Frage, ob eine autonome Existenz möglich ist, ist die Antwort einfach: Klar, das machen wir hier seit Jahren.

Die seit Jahren gelebte Praxis unterscheidet sich oftmals stark von der Theorie, bei der die Schritte der Arbeiterrevolution diskutiert werden. In der Praxis geht es auch darum zu entscheiden, wer die Badezimmer putzt oder wie das gemeinsame Mittagessen organisiert und garantiert wird. Wie wird der Umgang mit psychoaktiven Substanzen wie Drogen, Alkohol und Medikamenten überprüft und geregelt. Alle lernen zu verstehen, dass Streitigkeiten zwischen Paaren als auch zwischen Erwachsenen und Kindern kollektive Probleme sind und dass, wenn die Gemeinschaft sich selbst nicht hilft und reguliert, eine Gemeinschaft nicht wirklich bestehen kann.

Wer den Raum zum ersten Mal besucht, ist oft enttäuscht. Es gibt, trotz der autonomen Gemeinschaft, immer noch geschlechtsspezifische Gewalt, es gibt immer noch Probleme mit Drogenmissbrauch, Menschen streiten sich um Besitztümer wie Fahrräder oder elektronische Geräte. Nicht immer ist alles sauber und funktioniert, absoluter Frieden herrscht fast nie.

Wie können wir also den Raum, die Zeit und die Praktiken als autonom und dem sozialen Wandel unterliegend bezeichnen? Ganz einfach: Weil es keine andere Möglichkeit zum Wandel gibt. Eine Gesellschaft, die Sexismus, Rassismus, Klassismus, Individualismus und Egoismus über so viele Jahre fördert, wird sich nicht von heute auf morgen ändern. Es gibt keine sofortige Revolution. Basierend auf der Welt, in der wir leben, und darauf, was wir in unserem Leben gesehen haben, können wir mit Überzeugung sagen, dass es keine allgemeingültige Formel gibt. Weder Konflikte

noch Unterdrückungen, die sich über Jahrhunderte gebildet und verfestigt haben, können nur durch guten Willen gelöst werden. Ganz im Gegenteil: Wir können sagen, dass die einzige Möglichkeit, den Monstern des Kapitalismus, des Patriarchats und des Ego zu begegnen, darin besteht, die Alternative jeden Tag in kleinen Schritten und Aktionen aufzubauen. Es hat viele Jahre gedauert, bis die geschlechtsspezifische Gewalt aus *Okupa Alcântara* vertrieben war und es wird noch viele Jahre dauern, bis Frauen zu respektierten Gesprächspartnern werden. So wie die erste Aussage kein absoluter Sieg ist, ist die zweite keine Niederlage. Als Aktivistinnen und Aktivist*innen – oder Menschen, die an einem Wandel von unten interessiert sind – glauben wir, dass die Lösung und der Wandel durch die Konstruktion von etwas Neuem vollzogen werden. Durch kleine Schritte, die wir täglich in Richtung einer anderen, möglichen Welt gehen.

Es ist nicht möglich, zumindest in unserem unmittelbaren Horizont, die Revolution zu vollziehen und für beendet zu erklären. Die Revolution ist kein zu erreichender Ort, sondern eine Praxis, die gelebt werden muss. Wenn die pure Existenz Widerstand bedeutet, ist es klar, dass wir uns in einem revolutionären Zustand befinden, in dem jeden Tag gelernt wird, Glaube zerstört und wieder aufgebaut wird und in dem jede Handlung, wenn auch nicht erklärtermaßen, politisch ist. Es ist die Wahrnehmung, dass das Existieren eine politische Praxis ist und dass die Gemeinschaft die Herrschaft über ihre Bedürfnisse und Wünsche ergreifen muss. Hier stützen wir Entscheidungen nicht auf theoretische Bücher oder die Diskurse großer Persönlichkeiten der Linken. Wir entscheiden nach Bedarf, manchmal sehr unmittelbar. Wir entscheiden nach dem Herzen und den Emotionen, die den Grund für diese Versammlungen bilden. Und das ist nicht unbedingt schlecht. Letzten Endes sind wir alle aus Fleisch, Blut und Knochen, dem grundlegenden Stoff der Menschheit. Menschen, deren Grundbedürfnisse es sind zu essen, zu schlafen, sich sicher zu fühlen, zu lieben und geliebt zu werden. Das sind die Hauptgründe und der Treibstoff für einen Kampf für das Leben, der das Leben nicht nur als Existenz versteht, sondern es an unaufgebbaren Kriterien misst. Das garantiert den revolutionären Charakter des Kampfes. Wir wollen nicht das Leben, das für uns gewollt wird. Wir wollen selbst entscheiden, was das Leben sein kann.

Jeder Widerstand gegen das, was uns zermürbt, ist göltig, aber nicht immer schlüssig. Der Widerstand gegen eine bloße Existenz, die von unten kommt, erinnert uns daran, dass es nicht um ein angenehmeres Leben oder weniger erniedrigende Bedingungen geht. Wir kämpfen für die Freiheit in Gebieten, die am Rande jener liegen, die schon belegt sind, und genau deshalb fruchtbarer sind. Der Wandel wird vom Rand und nicht aus dem Zentrum kommen. Wer sich mit den Menschen organisiert, die in der Logik des Staates am Rand der Gesellschaft stehen, lernt ein altes Wissen des alltäglichen Überlebens und der Taktik des Kampfes. Die Menschen am Rande unserer Gesellschaft sind keine Menschen, die von Aktivist*innen gerettet werden müssen, sondern Menschen, die den Aktivismus retten können. ■



FOTOS: CATSO

Graffiti in den Räumen der Tia-Estela-Besetzung

Von Berlin nach São Paulo

Der Sound der Rebellion



Foto: FELIPE BARROS

Coruja BC1

„Du kannst Musik machen, damit die Leute schlafen oder damit sie aufwachen“, sagt der brasilianische Musiker Coruja BC1 in diesem Beitrag. Klar, dass er und die anderen Musiker*innen aus Afrika, Europa und Lateinamerika, die hier vorgestellt werden, nicht zu denen gehören, deren Lieder und Texte die Leute ruhigstellen wollen. Mit unterschiedlichem sozialen und kulturellen Hintergrund suchen sie Aktivismus und Kunst zu kombinieren. Als politische Subjekte glauben sie an die Musik als Sprache und Sound der Revolution.

VON TAINĀ MANSANI

Am Anfang war das Chaos. Danach kamen die Beats, die Lyrics und der Flow dazu, die dem Rap innerhalb der Hip-Hop-Kultur Form gaben. Die MCs müssen diese drei Elemente beherrschen, also die Instrumentierung (Beats), den Text (Lyrics) und das technische Geschick der Atmung und die Akustik (Flow). Doch die Technik ist nicht alles. EinE guteR MC muss den Aktivismus und die Gesellschaftskritik in den Adern haben, um aus Rap eine Musik zu machen, die vom Herzen kommt und die überall auf der Welt verstanden werden kann.

Die Autorin dieser Reportage reiste beinahe zehntausend Kilometer von Berlin-Kreuzberg nach Munhoz Júnior in Osasco, in der

Peripherie von São Paulo, Brasilien. Sie sah, dass in beiden Städten ähnliche Träume das Rapuniversum durchziehen. Es sind junge Künstler*innen auf beiden Seiten des Atlantiks, Europa und Lateinamerika, die an Musik als Medium für Anklage, Kritik und soziale Veränderung glauben.

Die Gruppe Antinational Embassy gründete sich 2013 während der Besetzung der leerstehenden Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg, zur Unterstützung von Geflüchteten. Das Viertel Kreuzberg ist kein Ghetto, auch keine Favela, aber schon seit den 70er-Jahren ist es bekannt für die starke Präsenz von Aktivist*innen, Kämpfen um öffentlichen Raum wie Besetzungen und auch als Wiege von wichtigen deutschen sozialkritischen Bands, die in die Geschichte eingegangen sind, wie etwa „Ton Steine Scherben“. Dort, in Kreuzberg, besetzten 2012 Aktivist*innen und Personen in Fluchtsituation, die meisten aus Afrika, die Schule und forderten Verbesserungen der Situation von Geflüchteten in Deutschland. Es waren mehr als hundert Leute. Unter ihnen war Darlino, der heutige MC und Gründer der Band Antinational Embassy, Geflüchteter aus Nigeria. Seit der Besetzung im Dezember 2012 gab es viele Debatten, Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Im Mai 2014 beschloss der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Räumung des Gebäudes. Es dauerte nicht lange und etwa 200 Geflüchtete mussten die Schule verlassen – trotz Protesten, Barrikaden und dem Drama auf dem Dach der Schule, von wo aus einige Geflüchtete damit drohten zu sprin-

gen. Die Zahl der Besetzenden nahm im Laufe der Jahre ab, trotzdem schafften es einige auszuhalten. Im Juli 2017 entschied das Landgericht dann aber, dass die Geflüchteten kein Recht darauf hatten, dort zu bleiben. Am Morgen des 11. Januar 2018 wurde die Schule dann evakuiert. „Das Thema ist beendet“, verkündete an diesem Tag der Polizeisprecher Winfried Wenzel, ungeachtet der rund 200 Demonstrierenden. Das galt jedoch nicht für die Antinational Embassy.

Die erste Probe der Band fand vor circa fünf Jahren in dieser besetzten Schule statt. Und es war ein „Chaos“, wie es heute einige Bandmitglieder lachend beschreiben. Denn alles begann in einem Klassenzimmer ohne Strom oder Heizung bei Kerzenlicht. „Doch aus dem Chaos wurde pure Magie“, erklärt der Gitarrist Lenni, der sich 2013 dem Projekt anschloss, als die Band schon einen Namen hatte.

Die junge Band, die dort in der Besetzung von Geflüchteten in einer Berliner Schule entstanden ist, macht keinen Rock wie „Ton Steine Scherben“ und keine sanften Rockballaden wie deren Sänger Rio Reiser in seiner späteren



Antinational Embassy

FOTO: BANDARCHIV

Solokarriere. Die Antinational Embassy bezeichnen sich als „eklektisch“ und machen neben Rap auch Reggae und Ska. Doch haben sie etwas gemeinsam mit der Band aus den 70ern. Abgesehen davon, dass beide in Berlin-Kreuzberg ihren Anfang nahmen, beruhen beide auf dem Dialog mit ihrer Zeit, auf Gesellschaftskritik. *Stop Calling People Refugees* ist ein Motto der Band, das auch einem der wichtigsten Titel der Band seinen Namen gibt.

Seit ihren Anfängen wurden einige der ersten Besetzenden, die in der Schule Musik machten, abgeschoben, andere wurden festgenommen oder starben. Die Band durchlebte einige Formationen. Sie gewann neue Mitglieder und verlor andere, bevor sie zu ihrer aktuellen Besetzung mit Kinky (Bass), Lenni (Gitarre), Julius (Schlagzeug), Isadora (Keyboard), Sad C, Darlino und PTK (MCs) kam. Sie sind zwischen 21 und 33 Jahre alt und kommen aus verschiedenen Teilen der Welt, Europa, Afrika, Lateinamerika. Es sind Personen mit unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft. Sie spielen auf Demonstrationen, Parties, Soliveranstaltungen. Was ist die Voraussetzung dafür, dass sie auf der Bühne stehen? Dass es bei allen in den Terminkalender passt.

Einige haben bereits Kinder und andere ihre persönlichen Projekte, wie der Rapper PTK. Doch auf der Bühne haben sie als Antinational Embassy eins gemeinsam: den Aktivismus. „Seit ich 13 bin, bin ich auf antifaschistischen Demos politisch aktiv, PTK auch. Sad C stand den Zapatist*innen im Süden Mexikos nahe“, erklärt der Gitarrist Lenni.

„Mit Antinational Embassy bringen wir halt starke Messages mit positiven Vibrations und wir schöpfen dabei aus sehr vielen persönlichen Erfahrungen. In den Ländern, aus denen wir kommen, ist wirklich alles ganz anders als hier. Dort ist das Leben viel schwerer“, sagte Sad C, aus Mexiko, dem Onlinemagazin „Untergundblättle“.

Im Jahr 2012, als Antinational Embassy noch nicht bestand und eine Gruppe Geflüchteter damit begann, die Schule in Kreuzberg zu besetzen, entstand mit dem Mixtape *Até surdo ouvir* (etwa: „Bis auch Taube es hören“) auf der anderen Seite des Atlantiks, in Brasilien, ein anderer Musiker und Aktivist der Rap-Szene São Paulos. Es war Coruja BC1, der heute erst 23 Jahre alt ist, aber wie die antinationalen Botschafter*innen eine starke politische Position hat. Ihm zufolge hat Musik zwei Seiten: „Du kannst Musik machen, damit die Leute schlafen oder damit sie aufwachen. Der Moment, in dem wir auf nationaler und globaler Ebene leben, ist ein guter Kontext, um Musik zu machen, die die Menschen aufweckt.“

Er ist in Osasco geboren, einem Bezirk in der Peripherie der Stadt São Paulo. Für Coruja BC1 hatte das Album *Sobrevivendo no inferno* der berühmten Rapband *Racionais MC's* aus São Paulo einen großen Einfluss und ist für Jugendliche aus der Peripherie in Brasilien eine Anleitung zum „Überleben in der Hölle“.

Im Bundesstaat São Paulo war die registrierte

Zahl der Tötungen durch die Militär- und Zivilpolizei im Jahr 2017 die höchste der letzten 15 Jahre: 687 Fälle in den ersten neun Monaten des Jahres (Daten des Ministeriums für öffentliche Sicherheit). Diese geschehen fast immer willkürlich, angebliche Straftäter werden ohne Verfahren auf der Straße hingerichtet. Diese Morde werden kaum ermittelt und wenn es doch zu einem Strafprozess kommt, dann werden nur die Polizist*innen selbst als Zeug*innen angehört. Die Mehrheit der Opfer sind schwarze Jugendliche mit niedriger Schulbildung. Dies reflektiert eine historische Realität in Brasilien. Der dramatische Anstieg von Tötungen schwarzer Jugendlicher in den Peripherien ist eine Facette des institutionellen Rassismus der brasilianischen Politik.

Das Szenario ändert sich nicht. 2018 hat bereits mit einem ersten Blutbad im Westen von São Paulo, in der Nähe von Osasco, begonnen. Zwei Jugendliche, einer 18, einer 16 Jahre, wurden Berichten zufolge von der Polizei erschossen. Solche Massaker, die der Welt die Gewalt der Polizei in der Stadt offenbaren, waren bereits Thema in der Musik der weltbekannten *Racionais MC's*, die Coruja BC1 prägten.

Der junge Rapper nennt es einen „musikalischen Segen“, was er von der vorherigen Generation geerbt hat. „Mein Vater ist schwarz. Ich bekam diese Erziehung. Ich bin schwarzer Aktivist, Schüler dieser Personen. Vielleicht ist mein Weg reifer. Ich stecke da drin seit ich klein bin.“ Für ihn kann Musik nicht von Politik getrennt werden und er kritisiert Rapper, die heute nicht mehr über Politik sprechen, weil sie schon Mainstream sind. „Das ist traurig für uns aus der Peripherie. Es ist traurig, dass jemand aus dem Rap so eine Einstellung hat. Unsere Brüder sterben.“

„Die Gesellschaftskritik ist das Fundament des Hip-Hop“, sagt Daniel Fernando Wahl, deutsch-mexikanischer Musiker und

Frühjahrstagung von KoBra e.V.
Brasilien 2018
Wahlen, Wut, Widerstand...
und die neue Macht des Agrobusiness



Tagung vom 13. April bis 15. April 2018 im Allerweltshaus Köln e.V. (Körnerstraße 77-79, 50823 Köln)



In Zusammenarbeit mit den Freund*innen der Brasilianischen Landlosenbewegung MST, Deutschland, e.V.

Weitere Infos: www.kooperation-brasilien.org



Flucht und Migration & 30 Jahre
Allerweltshaus Köln e.V.

Das Allerweltshaus und seine Projekte laden zum 6. Menschenrechtsfestival am 30. Juni 2018 im Kölner Grüngürtel ein.

Das Menschenrechtsfestival geht in die sechste Runde und diesmal wird auch der 30. Geburtstag des Allerweltshaus e.V. gefeiert. Im Fokus stehen dieses Jahr Flucht und Migration, also Themen, denen sich das Allerweltshaus e.V. seit seiner Gründung 1987 verschrieben hat. Besucher*innen können sich auf interaktive Workshops, Diskussionen, ein vielseitiges Kinderprogramm, Ausstellungen und tanzbare internationale Live-Musik freuen.

DJ des Radiosenders WDR-Cosmo. Er studierte die Hip-Hop-Bewegung und die Bewegung der „marginalen Literatur“ in São Paulo, die als Künstler*innenkollektiv in den Außenbezirken der Stadt entstand. Mit Poesie, Musik und Rap ist die marginale Literatur heute eine der stärksten Formen des künstlerischen Ausdrucks der Peripherie in einer durch die Präsenz von Eliten und Marginalität getrennten Stadt. Fernando bestätigt, dass sich heute vieles im Musikuniversum verändert hat. „Der Hip-Hop ist leider zu einem neuen ‚Pop‘ geworden. Vor allem, weil die Texte immer ärmer werden und zu einem Produkt für die Massen werden. Es ist keine Kritik.“

Von den verarmten Lyrics bis hin zur Abwesenheit der Gesellschaftskritik kritisieren einige Rapper der 90er-Jahre die neuen Generationen, berichtet der Radiojournalist von WDR-Cosmo. Doch in den Favelas von São Paulo und in den Straßen von Berlin halten Coruja BC1 und *Antinational Embassy* den Kritiken stand. Beide nahmen 2017 CDs auf. Die deutsche Band schaffte es mit Spenden und Support. Der Rapper aus São Paulo brachte sein neues Album *NDDN – Nos Dias Dos Nossos* (etwa: „Unser Tag ist gekommen“) mit dem unabhängigen Label *Laboratório Fantasma* heraus, das auch den Poeten der Favelas Emicida, ein großer Name des brasilianischen Rap, produziert.

Während das unabhängige Plattenlabel *Laboratório Fantasma* sich gegen das Mainstream-Universum der großen brasilianischen Labels behauptet, hat auch für *Antinational Embassy* der Mainstream „nichts mit dem Projekt zu tun“. Gitarrist Lenni unterstreicht: „Wir wollen auf dem Boden bleiben. Politisch sein. Leute nahe bringen. Und die Augen der Menschen öffnen.“ Das ist nötig. Die Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg wurde am 11. Januar 2018 schließlich geräumt, nach einer großen Polizeiaktion, die bereits 2014 ihre Anfänge nahm. Das Thema der „Geflüchteten“ wurde seit Mitte 2012 in der deutschen Aktualität allgegenwärtig. Sogar politische Koalitionen zerbrechen im Namen des Schutzes der nationalen und europäischen Grenzen und der Aufstieg einer nationalistischen, konservativen Antimigrationsbewegung wurde begünstigt, wie sie Deutschland seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Eines steht fest: Auf beiden Seiten des Atlantiks sind Träume in der Musik dieser KünstlerInnen zu spüren. Coruja BC1, der über das Leben in der geteilten Stadt São Paulo und die polizeiliche Gewalt schreibt, erklärt derweil auf Nachfrage, dass er liebend gern Berlin kennenlernen würde. Er spittet ein Rhyme für diejenigen, die in Berlin an die Musik als Sprache und den Sound als Revolution glauben: „Unser Publikum ist die Welt. Ich will in die Köpfe tragen, dass ich was verändern kann und auch sie zum Aufwachen bringen. Wir müssen etwas haben, was wir in diesen Zeilen sagen können, wir werden nicht einfach ein weißes Blatt Papier sein.“ ■

Impressum

Dossier „Aktivismus heute“ Herausgabe und Vertrieb:
Allerweltshaus Köln e.V., Projekt Lateinamerika: global – nachhaltig. Chancen und Risiken der Entwicklungsprozesse mit der Agenda 2030. Körnerstr. 77-79, 50823 Köln, Tel: 0163 89 71 932 www.lateinamerika-koeln.de. Redaktion: Fernanda Oliveira, Leila Himbert, Sophie Hennis (v.i.S.d.P.)
Das Projekt Lateinamerika: global – nachhaltig bedankt sich für die finanzielle Unterstützung dieser Publikation bei den Förderern. Mit freundlicher Unterstützung durch:



und aus Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienst.